

Der Tag danach: Wenn Populisten Wahlen gewinnen

Internationale Perspektiven



More in
Common

ÜBER MORE IN COMMON

More in Common hat sich als Organisation vollständig dem Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt verschrieben. Unser Ziel ist eine in ihrem Kern gestärkte Gesellschaft, die in der Lage ist, geeint und widerstandsfähig auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren. Nach unserem Verständnis ist gesellschaftlicher Zusammenhalt weit mehr als ein friedliches und zugewandtes Miteinander. Er ist Vorbedingung für einen zentralen Aspekt lebendiger Demokratie: Streitfähigkeit über alle Unterschiede hinweg. Wir sind eine überparteiliche Organisation, die mit institutionellen Partnern aus ganz unterschiedlichen Bereichen kooperiert. Wir haben Teams in den USA, Großbritannien, Frankreich, Polen, Brasilien und Deutschland. Dabei lernen und arbeiten wir länderübergreifend.

HINTERGRUND ZUR STUDIE

Die Gastartikel in dieser Publikation haben unsere französischen Kollegen und Kolleginnen von More in Common (Destin Commun) erstmalig in der Publikation „Le jour d’après“ im Juli 2024 zu den Parlamentswahlen veröffentlicht und es hat in Frankreich eine große Resonanz bekommen. Da auch wir die internationalen Perspektiven der Autoren und Autorinnen mit Blick auf die Wahlen in diesem Jahr spannend finden, haben wir entschieden, diese Publikation mit Anpassungen auch in Deutschland zu veröffentlichen.

Die Originaltexte der Autoren und Autorinnen sind in unterschiedlichen Sprachen verfasst. Die Texte wurden zum Teil mithilfe von maschineller Übersetzung ins Deutsche übertragen. Die inhaltliche Verantwortung für die Gastartikel liegt bei den Autoren und Autorinnen. Wir danken ihnen sehr für die Einblicke und Perspektiven aus ihren Ländern!

IMPRESSUM

More in Common e. V. ist beim Amtsgericht Charlottenburg registriert (VR 36992 B)
www.moreincommon.de | deutschland@moreincommon.com
Anschrift: More in Common e. V., Hermannstraße 90, 12051 Berlin
Verantwortlich i. S. d. P.: Laura-Kristine Krause, Gründungsgeschäftsführerin

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort	4
	Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle, Laura-Kristine Krause	
2	Orbáns illiberale Revolution in Ungarn	6
	Zsuzsanna Szelényi	
3	Der Zermürbungskrieg der Regierung Meloni	11
	Antonio Scurati	
4	Wer ist Giorgia Meloni?	12
	Federico Fubini	
5	Der hohe Preis des Kampfes gegen den Populismus in Polen	15
	Michał Szuldrzyński	
6	Der Tag nach der Wahl Donald Trumps 2016	21
	Stanley McChrystal, Jason Mangone	
7	Die brasilianische Erfahrung	25
	Pablo Ortellado	
8	Epilog: Was lernen wir für die deutsche Debatte?	29
	Laura-Kristine Krause, Anna Lob, Jérémie Gagné	

1. Vorwort

„Demokratie ist ein Prozess, kein statischer Zustand. Sie ist eher ein Werden als ein Sein. Sie kann leicht verloren gehen, aber nie vollständig gewonnen werden.“

– William H. Hastie, US-amerikanischer Jurist

AUTOR

Prof. Dr. Dr. h. c. mult.

Andreas Voßkuhle

ist ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts und Direktor des Instituts für Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

AUTORIN

Laura-Kristine Krause

ist Gründungsgeschäftsführerin von More in Common Deutschland.

Immer intensiver wird in Deutschland über die Bedrohungen für die liberale Demokratie gesprochen – und das nicht erst seit Jahresbeginn, als Hunderttausende bei Großdemonstrationen ihre Sorge um die Zukunft der Demokratie zum Ausdruck brachten. Spaltungsgefühle, zunehmend scharf geführte gesellschaftliche Debatten, gezielte Desinformation und wenig Zutrauen in eine bessere Zukunft paaren sich in Deutschland derzeit mit einer tiefen Unzufriedenheit mit der aktuellen gesellschaftlichen Lage – mit der Folge, dass sich immer mehr Menschen enttäuscht von der Politik und ihren Institutionen abwenden. Immer mehr von ihnen entscheiden sich, ihre Stimme populistischen, antidemokratischen und mitunter sogar verfassungsfeindlichen Akteuren zu geben, die aus den Landtagswahlen im Herbst erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als Wahlsieger hervorgehen könnten und auch bundesweit starke Umfrageergebnisse erzielen.

Deutschland ist mit diesen Entwicklungen nicht allein – im Gegenteil. Im letzten Jahrzehnt haben in vielen liberalen Demokratien weltweit populistische und autokratische Bewegungen Wahlsiege errungen. Diese hatten und haben Auswirkungen auf die dortigen Institutionen, die demokratische Kultur und mitunter auch die gesellschaftliche Stabilität, wie der Blick nach Ungarn, Brasilien, Polen, Italien oder die USA zeigt.

Obwohl es diese Parallelität der Entwicklungen gibt, wird in Deutschland zu wenig ins Ausland geschaut, um im Umgang mit Populisten von den dortigen Erfahrungen zu lernen (antidemokratische Akteure ihrerseits sind international bestens vernetzt).

So wird nicht nur die Chance verpasst, Fehler nicht zu wiederholen, es wird womöglich auch Zeit verspielt, in der man ein Fortschreiten derartiger Entwicklungen in Deutschland verhindern könnte.

Der verengte Blick auf uns selbst trägt mit dazu bei, dass wir uns in Deutschland in einem Paradox befinden, wie die Gesellschaftsforschung von More in Common zeigt: So sehen viele Menschen auf abstrakter Ebene zwar Gefahren für die Demokratie, der konkrete Verlust der Demokratie liegt aber außerhalb ihres Vorstellungsvermögens – was Auswirkungen auf die Entscheidungen hat, die sie treffen. So erwägen aktuell gerade Menschen, die tief enttäuscht von der Politik (und damit auch der Demokratie) sind, sich mit einer Stimmabgabe für extreme Parteien Gehör zu verschaffen. Gleichzeitig setzen sie aber darauf, dass die demokratischen Parteien (die sie an anderer Stelle so fundamental kritisieren) im Fall der Fälle antidemokratische Akteure „einhegen“ werden. Sie vertrauen auf die „Dosierungsfähigkeit“ von Protestwahlen und sehen die Demokratie (auch durch ihre eigene Stimme) nicht akut gefährdet. Denn eine tatsächliche Machtposition zum Beispiel der AfD in Bund oder Land wünschen sich bisher die wenigsten Befragten. Hinzu kommt, dass bislang zufriedenerere

Teile der deutschen Gesellschaft nun auch die mehrheitlich kritische Gesellschaftsdiagnose teilen und in der andauernden Krisenstimmung als zufriedener Gegenpol zu denjenigen Teilen der Gesellschaft fehlen, die schon lange (zum Teil vehemente) Kritik formulieren.

Dass Deutschland nicht auch einen „Tag danach“ erlebt, ist also keineswegs ausgemacht und schon der 2. September 2024, der Tag nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen, könnte eine Bewegung in diese Richtung andeuten. Denn wenn Menschen, die bereit sind, antidemokratischen Akteuren ihre Stimme zu geben, sich gleichzeitig auf die Robustheit demokratischer Verteidigungsmechanismen verlassen, überrascht es nicht, dass abstrakte Appelle zur „Verteidigung“ der Demokratie, wie sie aktuell gerne bedient werden, oft verhallen.

Es muss also nicht nur benannt werden, welche Akteure sich nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen, sondern auch deutlicher ausbuchstabiert werden, was passiert, wenn Populisten und Illiberale politische Macht erlangen.

An dieser Stelle setzt die Publikation „Der Tag danach“ an. Denn um besser zu verstehen, wie Demokratie verloren gehen kann, müssen wir in andere Länder schauen.

Deshalb hat More in Common hier Beiträge von Beobachterinnen und Beobachtern aus Ungarn, Polen, Italien, Brasilien, Österreich und den USA zusammengetragen, die zeigen, was passiert, nachdem Populisten Wahlen gewinnen. Es schreiben eine ehemalige Abgeordnete, ein pensionierter US-General, ein Schriftsteller, Forscher und Journalisten, sie alle gehören unterschiedlichen politischen Strömungen an. Sie zeigen anhand der Erfahrungen ihrer Länder, dass Gefahren für die Demokratie oft schon lange vor einem möglichen Wahlsieg eintreten. Und dass der „Rückbau“ der Demokratie nicht unbedingt umgehend und erkennbar passiert – oft ist er leiser, gradueller, als man erwartet und deshalb schwerer zu erkennen.

Mit „Der Tag danach“ wollen wir Lehren aus anderen Ländern Aufmerksamkeit schenken.

Denn die deutsche Debatte zur Stärkung oder Verteidigung der liberalen Demokratie wird davon profitieren, wenn noch besser verstanden ist, wie anti-demokratische Akteure in anderen Ländern vorgegangen sind und wie andere Länder auf die Entscheidungsmomente zugesteuert sind, wie wir sie dieses Jahr in Frankreich gesehen haben und im Herbst in den USA sehen werden. Damit uns diese Momente in Deutschland erspart bleiben.

2. Orbáns illiberale Revolution in Ungarn

AUTORIN

Zsuzsanna Szélényi

ist ehemalige ungarische Abgeordnete, Expertin für internationale Politik. Sie ist Autorin des Buches „Tainted Democracy: Viktor Orbán and the Subversion of Hungary“ (Hurst Publishers, 2022, nicht übersetzt) und leitet aktuell die Democracy Institute Leadership Academy der Central European University in Budapest.

Am Abend der Parlamentswahlen 2010 in Ungarn lud ich einige Freunde zu einer Wahlparty ein. Wir alle waren Gründungsmitglieder und Freunde der ersten Fidesz-Bewegung und hatten den Regimewechsel von 1989 erlebt. In den frühen 1990er-Jahren hatten sich einige von uns aktiv in die Politik eingebracht, aber Ende der 1990er-Jahre stand keiner mehr in der ersten Reihe. Zum Zeitpunkt unseres Treffens waren wir eine Gruppe erfolgreicher Menschen, die in den 1990er-Jahren gemeinsam ihre berufliche Laufbahn begonnen hatten, ohne sich dabei irgendwelche Grenzen zu setzen.

Die ersten Wahlergebnisse trafen am Wahlabend gegen 22 Uhr ein. Es zeichnete sich sofort eine beträchtliche Führung für Fidesz ab, und es war klar, dass die Partei unter der Leitung von Viktor Orbán die neue Regierung des Landes bilden würde. Aufgrund des sehr disproportionalen ungarischen Wahlsystems bedeutete ein Sieg mit 52 Prozent auf den Parteilisten, dass Fidesz zwei Drittel der Sitze im Parlament errungen hatte – was ihnen die volle Macht gab, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Wir alle kannten Viktor Orbán gut und überlegten angesichts der Ergebnisse, was er wohl mit seiner neuen Macht tun würde. Die Optimistischsten dachten, dass Viktor Orbán trotz seiner Verwegenheit wirklich versuchen würde, die Probleme unseres

Landes zu lösen. Vielleicht würde er nun die Reformen in Angriff nehmen, die in den vergangenen Jahrzehnten nicht umgesetzt wurden: die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft steigern, das Rentensystem konsolidieren und unser Gesundheitssystem sichern. Aller Wahrscheinlichkeit nach, meinten sie, würde er versuchen, ein wohlhabendes Land zu schaffen. Viele von uns waren jedoch skeptisch. Orbán war intelligent, aber er war auch ehrgeizig und machthungrig. Schließlich waren es diese Eigenschaften, die uns im Laufe der Zeit von seiner Partei entfernt hatte.

Aus dem Fernsehapparat waren Orbáns siegreiche Töne zu hören. Er sprach mit seiner vertrauten, leicht schrillen Stimme und einem klerikalen Tonfall: „Heute hat sich an den Wahlurnen eine Revolution ereignet. [...] Die Ungarn haben ihr Urteil über eine Ära gefällt. An diesem Tag wurde in Ungarn eine historische Lektion vollzogen, die Lektion des Regimewechsels, die lautet: Man kann das Regime nicht ändern. Ein Regime kann nur gestürzt und an seiner Stelle ein neues Regime gegründet werden.“

Das Wort Revolution, selbst wenn es symbolisch verwendet wird, ist dem Wesen der parlamentarischen Demokratie fremd. Damals war es schwer vorstellbar, dass Orbán in der Lage sein würde, die Grundlagen des bestehenden Status quo zu verändern. In den 2000er-Jahren befand sich die ungarische Politik zwar in einer schweren Krise, das Land war jedoch auch Mitglied der Europäischen Union und stark in die globalen Märkte eingebunden. Aber Orbáns Siegesrede zeigte deutlich, dass er sich auf eine radikale Transformation vorbereitete, dass er bereit war, unliebsame politische Gegner aus dem Weg zu schaffen und dass sich die politischen Konflikte nicht beruhigen würden, nur weil der Wahlkampf vorbei war. Am Abend der Wahl war es unmöglich, sich genau vorzustellen, wie sich die Dinge entwickeln würden.

Stimmen, Ideologie und Geld

Die Partei von Orbán, Fidesz, hat im Laufe der Jahrzehnte mehrere bedeutende Veränderungen durchlaufen. Ein einschneidender Moment auf dem Weg zur Radikalisierung waren die Wahlen von 2002, als Fidesz auf einen Sieg hoffe, aber dann doch verlor. Orbán erklärte seine Niederlage mit der Dominanz der liberalen Medien und noch immer „verkrusteten“ postkommunistischen Strukturen. Er kam zu dem Schluss, dass der politische Status quo ungerecht und ein echter Regimewechsel nur

mit radikaleren Mitteln zu erreichen sei – und dass die Konservativen zu Maßnahmen greifen müssten, von denen sie sich bisher ferngehalten hätten. Die alten konservativen Eliten unterstützten Orbáns stark spaltende Politik. Nach seiner erneuten Niederlage im Jahr 2006 startete er eine aggressive politische Attacke gegen seine Rivalen. Er polarisierte den öffentlichen Diskurs, indem er die linksliberale Regierungskoalition als „Feind der Nation“ darstellte und für eine ständige Mobilisierung auf den Straßen sorgte. Der jahrelange politische kalte Krieg gipfelte in der Wirtschaftskrise 2008, die den Weg für Orbáns erdrutschartigen Wahlsieg im Jahr 2010 ebnete.

Kurz vor diesen Wahlen, die sein Leben veränderten, hielt Orbán eine Rede vor der Elite seiner Partei und erklärte, dass „es reiche, einmal zu gewinnen, aber entscheidend sei der Weg, der dann folgt“.

Er erklärte ihnen, dass ein politisches Machtsystem über drei Ressourcen verfüge, die gepflegt werden müssten, um Macht zu erhalten: Stimmen, Ideologie und Geld. Darauf müssten sich auch die Menschen in anderen Ländern einstellen, wenn sie eine radikale und revolutionäre politische Gruppierung an die Macht wählten.

Mit einer in westlichen Ländern kaum vorstellbaren Mehrheit dominierte Fidesz die ungarische Nationalversammlung und begann mit Elan, das System zu verändern. Um Viktor Orbáns Metapher aufzugreifen: Die Regierung beherrschte den Staat und machte ihre politischen Konkurrenten mit einem umfassenden Frontalangriff handlungsunfähig. Das Wahlrecht wurde durch eine umfassende Änderung der Wahlkreise und die Vergabe zusätzlicher Mandate an die in den Wahlkreisen siegreiche Partei modifiziert. Diese Änderungen führten zu einem völlig verzerrten System. Seit 2010 hat die Partei von Orbán die Wahlregeln mehr als 25 Mal geändert, immer mit dem Ziel, die Opposition zu verwirren und zu lähmen.

Die überwältigende parlamentarische Mehrheit ermöglichte es Orbán, seine treuen Freunde in jeder staatlichen Institution zu platzieren.

Persönliche Freunde von Orbán wurden für neun bis zwölf Jahre in das Verfassungsgericht, die nationale Medienbehörde, die Wettbewerbsbehörde, den Rechnungshof und das Büro des Generalstaatsanwalts berufen. Diese Übernahmen stellten sicher, dass kein Fehlverhalten der Regierung zur Rechenschaft gezogen wird. Wenig verwunderlich, sind dies doch immer die ersten Maßnahmen, die Autokraten ergreifen, wenn sie an die Macht kommen. Innerhalb weniger Jahre verschwand das System der Gewaltenteilung, das die Integrität des demokratischen Systems schützen sollte. Durch wohlüberlegte Entscheidungen übernahm die regierende Partei die einst unabhängigen staatlichen Institutionen, um sie nach und nach zu Stützen des Einparteiensystems zu machen. Ohne jegliche Absprache mit der Regierungspartei änderte Orbán 2011 im Alleingang die Verfassung. Die überstürzte Ausarbeitung des neuen Grundgesetzes hatte zur Folge, dass es geändert werden musste, noch bevor die Tinte auf dem Papier getrocknet war. Seitdem hat die Regierungspartei ihre eigene Verfassung dreizehn Mal geändert. Ungarn hat ein Maß an Machtkonzentration erreicht, das Europa seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen hat.

Seit dem Rechtsruck von Fidesz in den späten 1990er-Jahren war die Partei flexibel genug, ihr ideologisches Profil an ihre politischen Ziele anzupassen.

Die ursprünglich zentristisch-liberale Fidesz-Partei präsentiert sich heute erfolgreich als rechtsgerichtete Partei. Nach der Wahlniederlage 2002 begann Orbán, populistisch-nationalistische Narrative zu verwenden, die die Gesellschaft letztlich entsprechend den Interessen einer rachedurstigen Partei polarisierten. 2010 startete

er ein historisches Experiment: den Aufbau eines illiberalen Regimes innerhalb der Europäischen Union, das den liberal-demokratischen Status quo offen infrage stellte. Nach 2010 wollte Orbán die Medien stärker kontrollieren, um die politischen Botschaften der Regierungspartei gezielt in bestimmten Bevölkerungsgruppen zu verbreiten. Seine Regierung dominierte schnell die staatlich finanzierten öffentlichen Medien, indem sie parteitreue Chefredakteure einsetzte. Großzügige staatliche Bankkredite halfen anderen Parteifreunden, bedeutende private Medien zu erwerben, wie regionale Zeitungen, Nachrichtensender, die größten Online-Portale und private Fernsehsender. Das wichtige nationale Kommunikationsbüro, das im Büro des Premierministers eingerichtet und von einem Minister der Regierung geleitet wurde, hatte die Aufgabe, diese privaten und öffentlichen Medien durch wöchentliche informelle Briefings zu steuern. Eine solche Konzentration loyaler Medien ermöglichte es der Regierungspartei, sehr effektive politische Kampagnen zu führen und die öffentliche Meinung durch einen endlosen Kommunikationskampf zu beeinflussen, was die restlichen Medien nicht ausgleichen konnten. Orbáns politische Rivalen wurden effektiv durch Verleumdungskampagnen und Verschwörungstheorien diskreditiert. Die pro-Fidesz-Operationen zeigten den Bürgerinnen und Bürgern, dass es in Ungarn keine anderen relevanten politischen Kräfte mehr gibt als die regierende Partei.

Die unglaubliche Effizienz dieser Propagandamaschine wurde bei jedem Wahlkampf neu unter Beweis gestellt. Fidesz lernte von amerikanischen Spin Doctors, wie man eine Kampagne auf den existenziellen Ängsten der Menschen aufbaut und diese Ängste mit den liberalen Gegnern verknüpft. Die „globalistischen Liberalen“, die „muslimischen Migranten“, die „kriegsfreundlichen Politiker“ – sie alle erwiesen sich als perfektes Feindbild. Orbáns politische Macht im Parlament reichte aus, um die Verfassung umzuschreiben und seine Gefolgsleute in Schlüsselinstitutionen zu installieren. Der Kauf privater Medien wäre jedoch ohne umfangreiche finanzielle Mittel nicht möglich gewesen. Ungarn mangelt es an Kapital, seine Wirtschaftselite ist klein und im europäischen Vergleich unbedeutend. In den letzten zehn Jahren ist es Orbán aber gelungen, eine neue Wirtschaftselite aus seinen Vertrauten aufzubauen. Dabei nutzte er die staatlichen Infrastrukturprojekte als Hauptfinanzierungsquelle. Durch Manipulation öffentlicher Ausschreibungen konnte die Regierung geschickt Dutzende Milliarden europäischer Entwicklungsgelder an eine kleine Gruppe ausgewählter Unternehmen umleiten, was die EU nicht zu verhindern vermochte.

Begünstigt durch staatliche Vorschriften und ausgeklügelte politisch-geschäftliche Profitstrategien, wuchs eine Clique von Geschäftsleuten fast aus dem Nichts heran. Einer von ihnen, Orbáns Jugendfreund Lőrinc Mészáros, ein Gasinstallateur und Dorfbürgermeister, häufte in wenigen Jahren ein erstaunliches Vermögen an. Er ver-tausendfachte seine Einnahmen in zehn Jahren nahezu und schaffte es damit 2019 in die Forbes-Liste der Milliardäre. Er besitzt nun Grundstücke, ein Straßenbauunternehmen, eine Bank, ein Kraftwerk, einen Energiedienstleister, Schlösser, Hotelketten, ein Fußballteam und das wichtigste Medienunternehmen des Landes. Als er gefragt wurde, wie er schneller als Meta-Gründer Mark Zuckerberg einen so bemerkenswerten Erfolg erzielen konnte, antwortete er süffisant, dass er vielleicht einfach intelligenter sei als dieser. Die neu geschaffene ungarische Wirtschaftselite finanziert die Fidesz-loyalen Medien mit beträchtlichen Werbesummen.

Darüber hinaus werden Verbündete von Fidesz und die kulturelle Elite der Partei in die Vorstände staatlich finanzierter Kultur- und Bildungseinrichtungen berufen, um die ideologischen Erwartungen der regierenden Partei an kulturelle Produkte umzusetzen und den wissenschaftlichen Output zu beeinflussen.

Die Ideologie von Fidesz

Während Orbán einen christlich-konservativen Kulturkampf propagiert, baut er einen autokratischen Staat auf. 2014 verkündete er, dass sein Regime in Ungarn nicht den liberalen Ideen der gesellschaftlichen Organisation folgt. Orbáns Regime basiert konzeptuell nicht auf den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern im Land, sondern auf einer Gemeinschaft, die letztlich einen „illiberalen Staat“ ergibt. In den 14 Jahren seiner spektakulären Machtausübung perfektionierte Orbán ein System, dessen Ideologie sich gegen alle wesentlichen Merkmale der liberalen Demokratie richtet, wie Meinungsfreiheit, staatliche Neutralität, Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der richterlichen Kontrollen und Nichtdiskriminierung aufgrund ethnischer Zugehörigkeit, sexueller Orientierung oder Geschlecht. Heute gibt es einen starken globalen Trend, der all diese Normen in Frage stellt: Überall in Europa tauchen populistische und radikale Führungsfiguren auf, die sich auf traditionelle moralische Werte, verstärkte Homogenität und Nationalstolz berufen.

Orbán's Illiberalismus ist eine direkte Folge seiner Wahlniederlage von 2002, als er und die Elite seiner Partei das Wahlergebnis intellektuell nicht akzeptieren konnten. Nach der Niederlage führte er eine moralisch stigmatisierende Sprache ein, stellte seine politischen Rivalen als existenzielle Bedrohung dar und präsentierte sich selbst als Retter der Nation. Durch die Mobilisierung selbst rechtsextremer Gruppen, gelang es ihm, ein verschworenes politisches Lager aufzubauen.

Als er schließlich an die Macht zurückkehrte, schöpfte er rechtliche und staatliche Ressourcen aus, um die Zivilgesellschaft zu demütigen und die Opposition zu dämonisieren, lächerlich zu machen und letztlich zu lähmen.

Einer von Orbán's ehemaligen konservativen Ministern gab kürzlich zu, dass sie ihm in diesem Kampf folgten, um „die Rückkehr des Teufels zu verhindern“. Viele Anhängerinnen und Anhänger Orbán's haben sich im Laufe der Jahre von ihm abgewandt. Seine konfrontative und hasserfüllte Politik, seine Sympathie für Russland und China sowie seine ständigen Verstöße gegen europäische Rechtsnormen haben sie verprellt. Er bleibt jedoch ein effektiver Allianzbauer in der europäischen extremen Rechten. Unermüdlich organisiert er globale „Demografiekonferenzen“ mit traditionalistischen Autokraten, „Conservative Political Action Conferences“ mit amerikanischen Konservativen in Budapest und Konferenzen nationaler Konservativer in Brüssel. Orbán unternimmt enorme Anstrengungen und investiert Milliarden von ungarischem Steuergeld, um revolutionäre politische Kräfte zu vereinen und die liberale Demokratie überall in Europa zu untergraben. Orbán ist zu einem idealisierten Helden geworden, größtenteils weil er über die notwendige Regierungsmacht verfügt, um seine antiliberalen Ideale ohne offene Gewalt in die Praxis umzusetzen. Andererseits ist Ungarn heute verschuldet und seine Wirtschaftsleistung gehört zu den schlechtesten in der EU. Die Regierung Orbán hat alle Ressourcen und Reserven Ungarns aufgebraucht.

Politik bedeutet, eine Vision der Zukunft zu verkaufen

Vor einigen Wochen ist im Vorfeld der Europawahlen in Ungarn eine neue politische Kraft aufgetaucht, die gezeigt hat, wie ermüdet die Ungarn vom allmächtigen System Orbán's sind. Aber ist Ungarn noch eine Demokratie? Könnten die Ungarn ihre politische Führung friedlich wechseln, wenn sie wollten? Ist eine friedliche Übergabe der Macht möglich? Für Orbán gibt es keinen einfachen Weg zurück in die Opposition.

Selbst wenn dies geschähe, wäre eine Wiederbelebung der Demokratie in Ungarn nicht einfach. Die politische Sprache ist radikalisiert und die Polarisierung der Eliten toxisch, die politischen Lager sind gefestigt, die Verteilung der staatlichen Ressourcen ist pervertiert und die demokratischen Institutionen sind untergraben. Illiberalismus ist gefährlich.

Wenn Populisten oder nationalistische Parteien an die Macht kommen, ist es wichtig, ruhig und engagiert zu bleiben.

Die europäischen Demokratinnen und Demokraten sollten definieren, in welchem System sie leben wollen, und den Illiberalismus verhindern. Staatliche Institutionen und die Justiz sollten bewusst und gemäß ihrem Auftrag und ihrer Aufgabe handeln. Das ist leichter gesagt als getan, insbesondere, wenn politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in Spitzenpositionen zweifelhafte Parteiinteressen einbringen und versuchen, die Institutionen einzuschränken. Es ist entscheidend, das Ethos des klassischen öffentlichen Dienstes aufrechtzuerhalten. Bürgerorganisationen müssen die populistischen Regime genau überwachen, selbst wenn sie angegriffen und als „Feind des Volkes“ bezeichnet werden. Sie müssen mental widerstandsfähig bleiben und ihre Arbeit fortsetzen. Wir kennen die Spielregeln der neuen Autokraten, wir kennen die kritischen Bereiche, in denen Machtmissbrauch am einfachsten ist. Wir müssen voneinander lernen!

Die politischen Parteien sollten nicht in Panik geraten, sollte „der Tag danach“ eintreten. Erfolgreiche Politikerinnen und Politiker sowie politische Parteien sind dafür bekannt, dass sie nach einer Niederlage wieder aufstehen können. Es ist absolut entscheidend, die Gründe für massive politische Veränderungen zu verstehen, um über Reformen nachzudenken und neue Ideen zu entwickeln.

Die Politik in Europa befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel, und die demokratischen Parteien sollten darüber nachdenken, wie sie die Demokratie wieder aufbauen können, anstatt am oft schlecht funktionierenden Status quo festzuhalten. Es gibt kein Patentrezept für die Re-Demokratisierung. Ein tiefgreifendes Verständnis des gesellschaftlichen Wandels und seiner Auswirkungen auf die verschiedenen sozialen Gruppen – einschließlich psychologischer Faktoren – muss Grundlage unseres politischen Denkens sein. Es ist viel einfacher, politische Narrative auf Angst aufzubauen als auf dem besseren Selbst der Menschen. Um die intellektuellen Ressourcen und politischen Mittel für Experimente zu bündeln, ist eine breite Zusammenarbeit notwendig, die visionäre Führung erfordert. Nationale Gefühle und Zugehörigkeit sind grundlegende menschliche Bedürfnisse, insbesondere in Zeiten von schnellem Wandel und Nöten: Lassen wir nicht zu, dass sie von populistischen Kräften gekapert werden.

Demokratinnen und Demokraten müssen sich über politische Grenzen hinweg zusammenschließen und mit der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft zusammenarbeiten, um die Bürgerinnen und Bürger für die Demokratie zu mobilisieren. Politische Verantwortung ist etwas, was den Unternehmen in der Regel als Haltung fremd ist. Sie ist aber entscheidend für die Erhaltung und Wiederherstellung eines gesunden und stabilen politischen und wirtschaftlichen Umfelds. Künftige politische Führungsfiguren werden nur dann erfolgreich sein, wenn sie Empathie, Demut und sogar Opferbereitschaft zeigen, um die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen.

In der Politik geht es um Ideen, Visionen und Hoffnung für die Zukunft. Es ist eine neue Denkweise über Menschen, Macht, Politik und Führung erforderlich. Nichts davon ist einfach, aber alles ist möglich.

3. Der Zermürbungskrieg der Regierung Meloni

AUTOR

Antonio Scurati

ist ein italienischer Schriftsteller. Er ist bekannt für seine Romanreihe über den Faschismus und Benito Mussolini (M. Der Sohn des Jahrhunderts), für die er 2019 den renommierten Strega-Preis „Premio Strega“ erhielt.

„So endet die Welt“, warnte T. S. Eliot, „nicht mit einem Knall, sondern mit einem leisen Wimmern.“ Der Dichter hatte zwar eine ganz andere Apokalypse im Sinn, aber seine Prophezeiung scheint auch für die liberale Demokratie zu gelten. Zumindest ist das bereits die Realität in Italien, und es ist wahrscheinlich, dass es in anderen europäischen Ländern ähnlich sein wird, wenn dort Rechtsaußen-Parteien die nächsten Wahlen gewinnen.

Der Zerfall der liberalen Demokratie, der in meinem Land seit fast zwei Jahren stattfindet, gleicht eher einem Zermürbungskrieg als einem Frontalangriff.

Die kulturellen und institutionellen Säulen der Demokratie werden in einem täglichen systematischen Erosionsdruck ausgehöhlt, was nicht immer sichtbar oder offensichtlich ist.

Begonnen hat diese Entwicklung mit einer breiten polemischen Offensive gegen die demokratische Kultur: ständige verbale Angriffe auf intellektuelle Oppositionelle durch diffamierende persönliche Angriffe, Zensur und einschüchternde Gerichtsprozesse sowie gegen Kontrollorgane wie den Rechnungshof, die Justiz und die Medien oder aggressive ideologische Attacken gegen fundamentale Werte und Errungenschaften des demokratischen Zusammenlebens, die aus jahrhundertelangen Kämpfen hervorgegangen sind (man denke an die Feindseligkeit gegenüber dem Recht auf Abtreibung oder den Rechten nicht-heterosexueller Menschen). In Italien zeigt sich das besonders deutlich in der hartnäckigen Weigerung der Post-Faschisten, den Antifaschismus als Grundlage der Demokratie und der Verfassung anzuerkennen. Was dazu führt, dass hier nunmehr einen persönlichen Preis zu zahlen bereit sein muss, wer die Regierung kritisieren oder ihr Handeln kritisch begleiten möchte.

Der Zerfall der demokratischen Kultur wird von einem Angriff auf die institutionellen Strukturen der italienischen Demokratie begleitet. Ein Reformpaket der rechtsextremen Regierung zielt darauf ab, die Justiz zu schwächen (ein Anliegen, das die Erben von Silvio Berlusconi stark unterstützen), den nationalen Solidaritätspakt zwischen Nord und Süd durch die Einführung einer sogenannten „differenzierten Autonomie“ zu brechen (vehement gefordert von Matteo Salvini's Lega) und vor allem das Amt des Ministerpräsidenten so zu verändern, das die Kontroll- und Garantiefunktion des Präsidenten der italienischen Republik beseitigt und das Parlament auf eine Nebenrolle reduziert würde.

All dies geschieht, wie zu Beginn erwähnt, ohne die erklärte Absicht, die Demokratie abzuschaffen, sondern indem man die demokratischen Spielregeln für sich nutzt und sie gleichzeitig täglich verletzt. Das schafft die Demokratie nicht als solche ab, aber verschlechtert die Qualität des demokratischen Lebens erheblich.

Dies geschieht mit der taktischen Finesse einer listenreichen Politik: nach außen hin ein Bild der Mäßigung zu pflegen, während man im Inneren wie eine Dampfwalze vorgeht.

Und zu guter Letzt basiert das Ganze auf einer totalen Identifikation zwischen der Ministerpräsidentin und dem Volk. Jeder, der es wagt, sie zu kritisieren, sich ihr zu widersetzen oder ihr nicht zuzustimmen, wird automatisch als Feind des Volkes abgestempelt – mit all den daraus resultierenden Konsequenzen.

Angesichts dessen stellt sich eine entscheidende Frage: Wollen wir wirklich unsere Kinder der liberalen Demokratie berauben, des wertvollsten Erbes, das uns die Kämpfe unsere Vorfahren hinterlassen haben?

4. Wer ist Giorgia Meloni?

AUTOR

Federico Fubini
ist Schriftsteller und
Journalist bei der
italienischen Zeitung
„Corriere Della Sera“.

Am Tag nach dem Amtsantritt Giorgia Melonis, deren Wurzeln im Neofaschismus liegen, änderte sich in Italien nichts. Keine gesetzlichen Verfahrensverstöße. Kein Gewaltakt. Keine direkte Unterdrückung von Andersdenkenden. Italien blieb dieselbe chaotische, laute, streitlustige, aber im Grunde gastfreundliche und vorhersehbare Demokratie wie vorher.

Doch gegen Ende des Europawahlkampfes 2024 tauchte etwas Neues auf. In den großen Bahnhöfen war plötzlich Giorgia Melonis Gesicht überall zu sehen.

Im Milano Centrale blickte sie von den Bildschirmen an jedem Gleis auf die Reisenden herab. Sie lächelte tausenden von Reisenden zu, immer mit demselben mit Photoshop bearbeiteten Foto, auf dem ihre Zähne gut bedeckt sind, um keine Aggressivität auszuüben. Dasselbe Bild bot sich auch im Hauptbahnhof von Rom.

Die Ferrovie dello Stato, das staatliche Unternehmen, dem die großen Bahnhöfe gehören, hatte der Regierungschefin kurz vor der Wahl seine wertvollsten Werbeflächen zur Verfügung gestellt. Es ist müßig zu fragen, wie viel diese Flächen die Fratelli d'Italia, Melonis Partei, gekostet haben, denn es bleiben nur zwei Möglichkeiten: Entweder erhält die beliebteste Partei Italiens inzwischen so viele Spenden von privaten Geldgebern, dass sie sich Investitionen leisten kann, die sich keine andere politische Kraft leisten konnte. Nicht einmal die Forza Italia in den Glanzzeiten von Silvio Berlusconi war für Zugreisende so sichtbar. Oder aber der Geschäftsführer von Ferrovie dello Stato bot der Fratelli d'Italia erhebliche Rabatte auf die Werbeflächen an. Womöglich in der Hoffnung, von Meloni in seinem Amt bestätigt zu werden. Indirekt hätten dann also die italienischen Steuerzahler die Wahlkampagne ihrer Ministerpräsidentin bezahlt.

Wir werden nie erfahren, wie es abgelaufen ist, denn die Informationen sind nicht öffentlich. Aber Melonis lächelndes Gesicht in hunderten Ausführungen in den Bahnhöfen Italiens lässt die Frage aufkommen: Nutzt ihre Partei staatliche Ressourcen zu parteipolitischen Zwecken? Wenn dem so wäre, wäre es ein Beispiel dafür, wie eine Parteipolitikerin offiziell die Regeln des demokratischen Wettbewerbs akzeptiert, aber – einmal an der Macht – damit beginnt, implizite und subtile Formen des Illiberalismus zu praktizieren. Es bleibt abzuwarten, ob ähnliche Vorfälle Ausnahmen bleiben oder zur Regel werden.

Denn letztlich begleitet eine gewisse Uneindeutigkeit Giorgia Meloni seit Beginn ihrer Regierung, sowohl innerhalb des Landes als auch in den Beziehungen zur Europäischen Union und in der Außenpolitik. Beobachtet man die Ministerpräsidentin genau, fragt man sich unweigerlich, was ihre wahren Überzeugungen sind, welche Ziele sie verfolgt und wie sie diese erreichen will.

Diese Ambivalenz scheint bei Meloni so häufig vorzukommen, dass sie wie eine Methode wirkt.

Die Ministerpräsidentin hat nie wirklich dem Faschismus und Benito Mussolini abgeschworen; jedoch hat sie die „Rassengesetze“ von 1938 und kürzlich auch den Mord an dem sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti im Jahr 1924 verurteilt (allerdings ohne zuzugeben, dass der Auftraggeber, wie weithin bekannt, Mussolini selbst war). Als unlängst bekannt wurde, dass Mitglieder der Jugendorganisation der Fratelli d'Italia sich in der Öffentlichkeit moderat geben, aber hinter verschlossenen Türen den „Duce“ Mussolini verherrlichen oder Nazi-Parolen singen, wurde die Debatte surreal: Die Regierungsparteien warfen der Nachrichtenseite Fanpage vor, dass sie eine Journalistin unter die jungen rechten Aktivisten eingeschleust hatte, aber niemand stellte den Inhalt der Videos in Frage, in denen Mitglieder von Melonis Partei, einschließlich des Fraktionschefs der Fratelli d'Italia im Europäischen Parlament, Nicola Procaccini, faschistische Grüße und andere Gesten der extremen Rechten austauschten.

Erst als die antisemitischen Gesten der Politiker durch Aktivisten publik gemacht wurden, traten sie zurück. Meloni aber griff die Journalisten an, die den Scoop veröffentlichten, und warf ihnen „Regime-Methoden“ vor.

Auch im Umgang mit den Medien wird Melonis Regierungsstil deutlich. Die Premierministerin gibt nur ungern Antworten auf Fragen von Journalistinnen und Journalisten: 2024 hielt sie bisher lediglich eine Pressekonferenz zu Beginn des Jahres ab, und beantwortete im Juni am Ende des G7-Gipfels unter italienischer Präsidentschaft nach einem langen Monolog nur wenige Fragen. Allerdings kann man nicht behaupten, dass Meloni oder ihre Verbündeten offen oppositionelle Zeitungen ins Visier nähmen, auch wenn einige von ihnen nur wenige Werbeanzeigen von großen staatlich kontrollierten Unternehmen erhalten. Die Kontrolle der Fratelli d'Italia über die Rai, das italienische öffentlich-rechtliche Fernsehen, folgt dem altbekannten Muster, das in Italien seit Jahrzehnten von allen regierenden Parteien praktiziert wird – eine weitverbreitete und mittlerweile übliche Form des Illiberalismus. Doch dieser politische Einfluss auf die staatlichen Fernsehsender wird nun besonders intensiv ausgeübt.

Als Rai-Manager einen Monolog des Schriftstellers Antonio Scurati, in dem er Meloni vorwarf, den Faschismus nie abgelehnt zu haben, faktisch zensierten, führte der darauffolgende Skandal zu einem Disziplinarverfahren gegen die Journalistin, die Scurati in ihre Sendung eingeladen hatte.

Auch bei ihren Beziehungen in der Europäischen Union zeigt sich Melonis zweigleisige Strategie. Die italienische Ministerpräsidentin überraschte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, mit ihrem Pragmatismus positiv und baute eine gute Arbeitsbeziehung zu ihr auf. Im Europäischen Rat stimmte sie für die Wiederwahl von der Leyens, gemeinsam mit zentristischen oder moderat linken Staats- und Regierungschefs wie dem Spanier Pedro Sánchez, Emmanuel Macron, dem deutschen Kanzler Olaf Scholz sowie dem polnischen Premierminister Mateusz Morawiecki. Gleichzeitig bleibt Meloni Vorsitzende der Europäischen Konservativen und Reformen, einer politischen Familie voller Rechtsextremisten und autoritärer Parteien, die von der Leyen verabscheuen und die gemäßigte Mehrheit bekämpfen, die sie unterstützt. Zu Melonis Verbündeten gehören die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), deren exzessiver Illiberalismus zur Sperrung von EU-Geldern für Polen führte, und die spanischen Neofrankisten von Vox, mit denen Meloni eine besonders enge Beziehung pflegt. Auch das Verhältnis zu Viktor Orbán ist sehr gut, obwohl der autokratische ungarische Premierminister nicht zu Melonis politischer Familie gehört.

Auch in Bezug auf Entscheidungen bezüglich der Europäischen Union zeigt sich Melonis zweigleisige Strategie. Seit Jahren hat sie die Rhetorik eines Austritts aus dem Euro-Währungsgebiet aufgegeben. Ihre Regierung hat den neuen, reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU unterzeichnet und riskante Haushaltsstrategien vermieden, wie sie das Truss-Kabinett 2022 im Vereinigten Königreich oder die Regierung des Movimento 5 Stelle 2018 in Italien destabilisierten. Dennoch enthielt sich die Fraktion von Fratelli d'Italia im Europäischen Parlament bei der Abstimmung über den Stabilitätspakt, anstatt dafür zu stimmen. Meloni selbst schien auf eine rechtsextreme Regierung in Frankreich nach den Parlamentswahlen spekuliert zu haben, um mit dieser einen Ausweg aus den gerade akzeptierten europäischen Haushaltsregeln zu finden.

In der Ukraine-Frage zeigt sich dieselbe Uneindeutigkeit. Öffentlich vertritt die italienische Regierung eine klare Linie der uneingeschränkten Unterstützung der Ukraine, sodass der amerikanische Präsident Joe Biden die Rolle von Giorgia Meloni sehr zu schätzen weiß. Im Gegensatz dazu nehmen diejenigen, die im Vertrauen und privat mit ihr sprechen, andere Signale wahr: Die italienische Ministerpräsidentin soll eine „koreanische Lösung“ bevorzugen, bei der Russland die bisher besetzten ukrainischen Gebiete überlassen werden – in der Hoffnung, dass ein solches Abkommen den Kreml nicht zu weiteren Aggressionen ermutigt. Als ein angeblich russischer Komiker Meloni anrief und sich als Präsident der Afrikanischen Union ausgab, sprach sie von der „Müdigkeit“ der Europäer im Ukraine-Konflikt und von einem „Friedensvorschlag“, den sie vorlegen wolle.

Wer also ist Giorgia Meloni? Eine ehemalige Faschistin, die nun vergleichsweise moderat auftritt, oder eine autoritäre Anführerin, die ihr wahres Gesicht verbirgt?

Kein Politiker und keine Politikerin kann in der Öffentlichkeit völlig ehrlich sein, aber im Fall der italienischen Ministerpräsidentin scheint die Uneindeutigkeit System zu haben. Meloni könnte dies nutzen, um Italien eine illiberale Agenda aufzuzwingen, während sie moderate Wählerinnen und Wähler sowie westliche Verbündete mit ihrem europäischen Pragmatismus und ihrer pro-amerikanischen Linie beruhigt. Oder sie könnte die Vagheit nutzen, um ihre extremistischen Parteikollegen und Wähler nach und nach in den demokratischen Mainstream zurückzuführen. Die Antwort auf diese Frage wird man nur am Grad des politischen Drucks auf die staatlichen Institutionen ablesen können, die theoretisch in einer Demokratie unabhängig und neutral bleiben sollten: das nationale Statistikamt, die oberen Verwaltungsebenen der Ministerien, die staatlichen Unternehmen und das öffentlich-rechtliche Fernsehen. Auf diese Strukturen übt die derzeitige rechte Regierung in Italien immer mehr Einfluss aus, auch wenn sie damit nur extreme Formen von Verhaltensweisen zeigt, die auch schon vor Meloni zu beobachten waren.

Der entscheidende Test wird die einzige echte Reform sein, die die Ministerpräsidentin wirklich engagiert verfolgt: eine Verfassungsänderung, die darauf abzielt, die Befugnisse des Präsidenten der italienischen Republik und des Parlaments zu verringern und die der Ministerpräsidentin – Meloni selbst, selbstverständlich – erheblich zu erhöhen, die dann direkt vom Volk gewählt werden würde.

Ein entscheidendes nationales Referendum über diese Reform wird vielleicht im Jahr 2026 abgehalten. Bis dahin könnte die Ministerpräsidentin weniger illiberal vorgehen. Aber sie wird wahrscheinlich auch diejenigen nicht beruhigen können, die ihr weiterhin misstrauisch gegenüberstehen.

5. Der hohe Preis des Kampfes gegen den Populismus in Polen

AUTOR

Michał Szuldrzyński

ist stellvertretender Chefredakteur der Tageszeitung „Rzeczpospolita“ und Chefredakteur der Website rp.pl, Autor des Buchs „Prawica dla opornych“ (Verlag RM, 2023, „Die politische Rechte für Dummies“, nicht übersetzt), das das Phänomen der Radikalisierung der politischen Rechten in Polen und weltweit beschreibt.

Der Fall Polen illustriert auf perfekte Weise die These, dass der Kampf gegen den Populismus einen sehr hohen Preis hat: Der Versuch, ihn zu besiegen, zwingt dazu, einige seiner Spielregeln zu übernehmen. Und dadurch wird diese Weise zu denken und Politik zu machen sehr ansteckend. Der Preis für den Sieg über den Populismus ist die Verschlechterung von Politik sowie ihre radikale Polarisierung. Aber dieser hohe Preis kann nicht nur dem populistischen Lager zugeschrieben werden: Es geht auch um die Verantwortung derjenigen, die bewusst seine Methoden übernehmen, um zu gewinnen.

Es ist angebracht, mit einer Warnung zu beginnen: Der Begriff „Populismus“ ist vielleicht nicht der beste, um die Art von Regierung zu definieren, mit der wir es in Polen zwischen 2015 und 2023 zu tun hatten. Der Begriff „Nationalpopulismus“, geprägt von Roger Goodwin und Mathew Eatwell in ihrem gleichnamigen Buch (National Populism, 2020), ist passender. In meinem Buch „Die Rechte für Dummies“ habe ich diese Art von Politik hingegen als identitäre Rechte bezeichnet. Warum? Weil sie auf einer in kultureller und politischer Hinsicht stark nationalen und traditionalistischen Identität basiert, die zum ideologischen Hauptbezugspunkt der Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) geworden ist.

Ein Merkmal der so verstandenen identitären Rechten ist das Management gesellschaftlicher Emotionen mithilfe von Werkzeugen wie der „Wiederherstellung von Würde“, der „Umverteilung von Prestige“ und der „Rückkehr von Staat und Nation an ihren rechtmäßigen Platz“.

Der Nährboden des polnischen Nationalpopulismus

In Polen ist es in den letzten drei Jahrzehnten zu tektonischen Umwälzungen gekommen. Das Land hat eine sehr tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Transformation durchgemacht: Das Regierungssystem ist vom Autoritarismus einer kommunistischen Einparteiensherrschaft zu einer pluralistischen repräsentativen Demokratie übergegangen, und ein freier Markt à la Thatcher und Reagan hat die Planwirtschaft ersetzt. Es wäre eine übermäßige Vereinfachung, Reaktionen auf derlei Herausforderungen allein auf Populismus zu reduzieren. Daher sollten wir uns an dieser Stelle vor Augen führen, welche massiven Veränderungen die polnische Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten durchdrungen haben. Ganze soziale Klassen sind verschwunden und neue entstanden, all dies in einem fast revolutionären Tempo.

Vor 85 Jahren war Polen ein Agrarstaat mit einer postfeudalen, hierarchischen Gesellschaftsstruktur, in der der mächtige Landadel großen Einfluss auf die Politik ausübte und eine bedeutende Bourgeoisie existierte; in der die ukrainische Minderheit mehr als 15 Prozent der Bevölkerung, die Juden zehn Prozent und die Deutschen, Litauer, Belarussen und Slowaken jeweils einige Prozentpunkte ausmachten. Vor 79 Jahren dann kam Polen mit einer von 36 auf 24 Millionen Menschen reduzierten Bevölkerung aus dem Zweiten Weltkrieg, wobei über 90 Prozent der polnischen Juden (über drei Millionen Menschen) im Holocaust ermordet worden waren. Die Verluste in den Eliten waren enorm, die Grenzen wurden vollständig verändert, Polen wurde ein monoethnisches Land, dominiert vom Katholizismus. Es ist paradox, dass Polen durch Entscheidungen des sowjetischen Diktators Joseph Stalin zu Grenzen und Bevölkerungsumsiedlungen fast vollständig katholisch wurde.

Während der nächsten Generationen wurde ein kommunistisches System errichtet, das auf der Förderung der Arbeiter- und Bauernklassen beruhte; und welches das Volk in den ersten teilweise freien Wahlen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs am 4. Juni 1989 ablehnte. So begann nach fünf Jahrzehnten sozialer Revolutionen eine weitere.

Polen erlebte nach dem Sturz des Kommunismus einen unglaublichen wirtschaftlichen Aufschwung. Die technologische Revolution, verkörpert durch Digitalisierung und Informatisierung, ging mit dem Aufbau neuer Institutionen einher. Zehn Jahre nach dem Fall des Kommunismus gehörte Polen nicht mehr zur russischen Einfluss-sphäre und wurde Mitglied der NATO. Fünf Jahre später – vor genau 20 Jahren – trat es der Europäischen Union bei. All dies führte zu einer Gesellschaft, die vom Tempo des Wandels zunehmend desorientiert war.

Solch tiefgreifende Veränderungen in der Gesellschaft haben in der Tat nicht nur Freude ausgelöst. Ganze Bevölkerungsschichten hatten das Gefühl, bei dieser Transformation eher verloren als gewonnen zu haben. Interessanterweise handelte es sich dabei keineswegs um Personen, die eine gute Meinung von der kommunistischen Ära hatten. Im Gegenteil, es waren die eher rechten und antikommunistischen Kreise, die behaupteten, die Transformation sei nicht gerecht gewesen; dass das Versäumnis, die kommunistische Vergangenheit aufzuarbeiten, schuld sei und viele Veränderungen auf ungerechte Weise stattgefunden hätten. Erinnern wir uns daran, dass der Kommunismus durch die Solidarność-Bewegung gestürzt worden war, der auf ihrem Höhepunkt zehn Millionen Polinnen und Polen angehörten. Diese Bewegung aber war vor allem eine der Arbeiter- und Bauernschaft, wobei Intellektuelle hauptsächlich als Beraterinnen und Berater der Arbeiterschaft auftraten, wie die Intellektuellengruppe aus Warschau, Krakau und Danzig rund um Lech Wałęsa. Es waren allerdings auch die Arbeiterinnen und Arbeiter, die den höchsten Preis für die kapitalistische Transformation zahlten.

Das Versprechen, die Transformation zu korrigieren, Ungerechtigkeiten zu beseitigen und die „Würde“ derjenigen „wiederherzustellen“, die sich als Verlierer des Wandels empfanden, wurde 2015 zu einem der Hauptthemen der erfolgreichen PiS-Kampagne.

Viel Platz nahmen darin Beschwerden und Klagen gegenüber dem Verrat der Eliten ein, die von der Transformation profitiert und den Massen den Rücken gekehrt hatten. Erinnern wir uns daran, dass Polen noch die Ethik der „Intelligenzia“ hatte, dieser gebildeten Schicht von Anwältinnen und Anwälten, Ärztinnen und Ärzten, Ingenieurinnen und Ingenieuren, politischen Führerinnen und Führern, die der Gesellschaft dienen und sie nach oben ziehen sollten, anstatt von der Transformation zu profitieren und selbst eine neue Mittelschicht zu schaffen. Aus diesem Grund waren die Eliten, also die neuen proeuropäischen und kosmopolitischen sozialen Schichten, die Mittelschicht, deren Einkommen vom Staat unabhängig war, die Massen von Richterinnen, Anwälten, Ärztinnen, Lehrern und Journalistinnen Angriffen – nicht nur rhetorischer Art – seitens der PiS-Partei ausgesetzt. Einer der härtesten Schläge traf die Unternehmerschaft in Form einer radikalen Erhöhung der Kosten für Renten- und Krankenversicherungsbeiträge. Ihnen wurde vorgeworfen, nicht nur ihre Interessen, sondern auch ihre Identität zu verraten, ihre traditionelle polnische Kultur und Religion aufzugeben, und so weiter.

Interessanterweise war die PiS entgegen vieler Meinungen keine konservative Partei. Sie war traditionalistisch, aber gleichzeitig völlig auf Auf- und Umbau ausgerichtet: Sie wollte eine neue Nation schaffen, die vorherige Ordnung umstürzen und eine neue aufbauen. Vergangenheit, Geschichte, Tradition und Religion waren nur der Rahmen für einen grundlegend antikonservativen Ansatz, derweil für das konservative Lager vor allem die Bindung an Institutionen kennzeichnend ist. Die PiS hingegen kämpfte

zunächst gegen die Institutionen, weil sie glaubte, dass diese ein bösartiges System beherbergten, das gestürzt werden müsse. In dieser Sprache wurde die liberale Demokratie vom erträumten Modell der Transformation zu einem Schimpfwort: einem Synonym für ein Land, das für Eliten gemacht war, die das Volk verraten und sich ausländische Gönner gesucht hatten, um die Früchte der Transformation zu genießen. Ganze Massen von Hochqualifizierten, die in Großstädten lebten und für ausländische Unternehmen oder Firmen arbeiteten, kamen unter Verdacht. In dieser Logik waren natürlich auch die Medien Garantinnen der herrschenden Ordnung, indem sie, so die Kritik, durch die Aufrechterhaltung eines Informationsmonopols daran mitwirkten, die unteren Schichten in Unkenntnis ihrer eigenen Interessen zu halten. Das aber ist kein Konservatismus, sondern bereits reiner Marxismus.

Der Angriff auf die Gerichte

Demgemäß gab der Vorsitzende der PiS gleich nach dem Wahlsieg 2015 das Signal zum Angriff auf die Gerichte. Er begann mit einem Krieg gegen das Verfassungsgericht, dessen Personal von den vorherigen Parlamenten rekrutiert worden war und das (aus seiner Sicht) eine Bastion zur Bremsung von Veränderungen darstellte. Anschließend reformierte er die Bezirksgerichte, die Regionalgerichte, die Berufungsgerichte, das System der Richterbeförderungen, ihre disziplinarische Verantwortung, bis hin zum Obersten Gericht. Er griff eine Vielzahl von Medien an und übernahm deren Kontrolle. Als die Lehrerinnen und Lehrer rebellierten, machte er die Pädagogen zu seinem politischen Hauptfeind – obwohl die PiS die Schulen in eine Fabrik neuer, traditionalistischer und identitärer Polinnen und Polen verwandeln wollte. Dasselbe geschah mit jungen Ärztinnen und Ärzten. Die folgenden Monate waren geprägt vom Rhythmus der Angriffe auf weitere gesellschaftliche Gruppen. Im Pantheon der Feinde nahm die Europäische Union einen besonderen Platz ein. Ihr Eintreten für die Rechtsstaatlichkeit wurde von der PiS und ihrer Wählerschaft als Versuch wahrgenommen, das alte korrupte System zu verteidigen. Und obwohl die Polinnen und Polen zu den europafreundlichsten Nationen gehören, entwickelte sich die Rechte zunehmend in Richtung antieuropäischer Positionen. Die Slogans, die auf den Schutz von Werten, Identität, des traditionellen Lebens- und Gesellschaftsmodells und vor allem der Souveränität abstellten, wurden lauter.

In diesem Kontext wurden soziale Modernisierung, Säkularisierung, die Emanzipation von LGBT-Personen, unterstützt durch die EU, als kulturelle, identitäre und auch politische Bedrohungen betrachtet. Mit Einwanderung verhielt es sich nicht anders. Entsprechend der in Alt-Right-Kreisen Westeuropas und der USA vorherrschenden Sichtweise wurde Migration als Verschwörung der progressiven und linksliberalen Kreise betrachtet, die darauf abzielt, den sozialen Wandel zu beschleunigen und die traditionelle Familie zu untergraben. In dieser Erzählung ist der Zustrom von Migrantinnen und Migranten aus kulturell fremden Weltregionen, der von Brüssel auferlegt wurde, kein natürlicher Bestandteil des sozialen oder zivilisatorischen Wandels, sondern eine Operation, um die Grundlagen rechtsgerichteter Politik zu zerstören, nämlich die starke und traditionalistische katholische Identität.

Doch das Paradoxon ist das folgende: Als die russischen Truppen am 24. Februar 2022 in die Ukraine einmarschierten, nahmen die Polinnen und Polen Millionen von Geflüchteten auf. Millionen polnischer Familien öffneten ihre Häuser und hießen Familien willkommen, die vor Putins Bomben flohen. Die Ukrainerinnen und Ukrainer waren keine Migranten, sondern Geschwister, die gerade Opfer dieses ewigen Feindes Polens wurden, der in seiner zaristischen wie sowjetischen Variante unser Land über fast zweihundert Jahre lang besetzt gehalten hatte: Russland. Die Polinnen und Polen zeigten daher eine außergewöhnliche Solidarität gegenüber den Millionen von Migrantinnen und Migranten aus der Ukraine, während sie katastrophale Folgen der Aufnahme einiger Tausend Neuankömmlinge aus Afrika oder der arabischen Welt fürchteten.

Der Hebel der Sozialhilfe

Parallel zum Beginn des Krieges gegen das Justizsystem startete die Partei von Jarosław Kaczyński eine umfassende Offensive bei den Sozialausgaben.

Ab 2016 wurde ein monatliches Kindergeld von 125 Euro für jedes zweite und folgende Kind gewährt (drei Jahre später wurde es auch auf das erste Kind ausgeweitet). Infolgedessen verringerte sich die Armut in den ärmsten kinderreichen Familien. Eine dreizehnte und vierzehnte Monatszahlung für Rentnerinnen und Rentner wurden eingeführt, ebenso wie kostenlose Medikamente für ältere Menschen und Kinder. Studierende bis 26 Jahre wurden von Steuern befreit. Als die Pandemie ausbrach, stellte die Regierung den Unternehmen insgesamt über 50 Milliarden Euro zur Verfügung, um eine Verschärfung der wirtschaftlichen Situation zu verhindern. Währenddessen flossen Millionen Euro in die ländlichen Gebiete und ihre wichtigsten Institutionen, die das soziale Rückgrat der polnischen Provinz darstellen – die Hausfrauenverbände und die freiwilligen Feuerwehren.

Sieg über die PiS, aber zu welchem Preis?

Wie kommt es also, dass diese identitäre Rechte – obwohl sie 2023 stärkste Partei wurde – die Macht abgeben musste? Der Grund war die außergewöhnliche Mobilisierung junger Menschen, die überzeugt waren, dass die PiS ihnen keine normale europäische Zukunft garantieren konnte. Sie waren ihrerseits frei von Transformationsressentiments, viele von ihnen hatten europaweit im Erasmus-Programm studiert und waren dem Westen gegenüber nicht feinselig eingestellt. Sie sicherten der neuen liberalen Koalition den Sieg, indem sie bis spät in die Nacht vor den Wahllokalen der großen Städte Schlange standen. Die Bürgerplattform (PO) von Donald Tusk landete zwar nur auf dem zweiten Platz, aber mit dem gemäßigt konservativen Dritten Weg und der Linken hat sie seither die Mehrheit im neuen Parlament.

Allerdings gewann bei den Kommunalwahlen im April 2024 die PiS und die PO gab einige Prozentpunkte ab. Erst bei den Europawahlen im Juni 2024 gewann Tusks Partei erstmals seit zehn Jahren mit 0,9 Prozentpunkten Vorsprung im direkten Vergleich gegen die PiS.

Doch selbst dieser Sieg hatte einen hohen Preis: Zunächst eine enorme politische Polarisierung und dann eine Verschiebung der Politik nach rechts.

Die Hauptthemen des Wahlkampfes waren die, die zuvor der Rechten vorbehalten gewesen waren: Positionierung gegen Einwanderung, Sicherung der Ostgrenze zu Belarus, militärische Sicherheit im Kontext des Ukraine-Kriegs, Verteidigung der Interessen der polnischen Landwirtschaft gegen den Green Deal sowie, allgemeiner, Opposition gegen die europäische Klimapolitik.

Jedes Mal, wenn die rechten Parteien wie die PiS oder Konfederacja über die Grenze sprachen, behauptete die PO von Donald Tusk, sie sei die einzige, die eine höhere Mauer bauen und eine bessere Sicherheit garantieren könne, sodass keine illegalen Einwanderinnen und Einwanderer durchkommen würden. Als die PiS sich über den Green Deal beschwerte, griff Tusks Partei, anstatt die europäische Klimapolitik zu verteidigen, die PiS an, weil sie sich in der Regierung nicht ausreichend mit Brüssel auseinandergesetzt habe, um die Interessen der polnischen Landwirtschaft zu verteidigen. Als Kriegshandlungen sich mehrfach der polnischen Grenze näherten (russische oder ukrainische Raketen flogen nach Polen, eine Explosion tötete zwei Bauern, die auf einem Feld nahe der ukrainischen Grenze arbeiteten), behauptete die PO, die PiS spiele mit Polens Sicherheit und nur Tusk würde uns Frieden bringen. Anstatt die Identität

tätspolitik abzulehnen, überzeugten die Liberalen PiS-Wählerinnen und -Wähler – und ihre eigenen – davon, dass die PiS unzuverlässig sei und nur Tusk und sein Team die zuvor von Kaczyński gemachten und aus verschiedenen Gründen nicht eingehaltenen Versprechen einhalten würden.

Diese Entwicklung ging mit einer vollständigen Polarisierung einher. Das Verhalten gegenüber Russland ist vielleicht das beste Beispiel. Zu einem gewissen Zeitpunkt im Wahlkampf beschuldigte Tusk Kaczyński, in Polen die Interessen Moskaus zu verfolgen. Der gesamte Wahlkampf wurde diesem Narrativ untergeordnet; von der Tribüne des polnischen Parlaments aus bezeichnete Donald Tusk seine Gegner von der PiS als „Knechte Russlands“ (ein Ausdruck, der vor 1989 gegen die vom Kreml kontrollierte kommunistische Partei verwendet worden war). In den sozialen Medien behauptete Tusk, Russland müsse keine Einmischungsoperationen mehr vornehmen, da seine Interessen bereits von der PiS verfolgt würden. Das Ziel war einfach: die politische Bühne so weit wie möglich zu polarisieren. Und darauf zu setzen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich an nichts erinnern würden.

Tatsächlich hat Polen in den ersten Monaten des Ukrainekriegs beträchtliche Hilfe für seinen Nachbarn in Not geleistet. Nicht nur half es den Geflüchteten so schnell und effizient wie möglich, auch die polnischen Eisenbahnen wurden zum Haupttransitweg für westliche Waffen in die Ukraine. Aus seinem eigenen Arsenal stellte Polen – unter der Regierung der PiS – sofort mehrere Hundert postsowjetische Panzer, gepanzerte Truppentransporter, leichte Flugabwehrwaffen und anderes zur Verfügung. Polen nahm aktiv an der Panzerkoalition teil und versprach, ein Dutzend moderne Leopard-Panzer aus der polnischen Armee an die Ukraine zu liefern. Ist es angesichts dessen, was die polnische Regierung damals tat, ernsthaft möglich zu sagen, dass sie die Interessen Moskaus verfolgte? Hat sie wirklich Russland geholfen, indem sie die Ukraine auf diese Weise bewaffnete?

Die Polarisierung rund um das Thema ist aber ohnehin das Ergebnis früherer Ereignisse. Als Jarosław Kaczyński zwischen 2005 und 2007 erstmals regierte, begann er, eine antirussische Koalition zu planen, hauptsächlich im wirtschaftlichen Bereich. Um unabhängig von russischen Rohstoffen zu werden, begann er mit der Planung eines Gasterminals für verflüssigtes Erdgas. Gleichzeitig schloss die polnische Regierung ein Abkommen mit den USA über den Bau von Komponenten eines Raketenschildes auf polnischem Boden. Zur Vergeltung verhängte Putin Sanktionen gegen polnische Lebensmittelprodukte, insbesondere Fleisch. Sogar Kanzlerin Merkel schloss sich damals den Verhandlungen auf polnischer Seite an. Gleichzeitig wurde Deutschland durch die Projekte Nord Stream I und II immer abhängiger von russischen Energieressourcen.

Als Donald Tusk 2007 die Wahlen gewann, entschied er, dass eine seiner Prioritäten die Verbesserung der Beziehungen zu Russland sein würde. Anfang 2008 reiste er nach Moskau, wo er ein angenehmes Gespräch mit Putin führte, der Tusk „seinen Mann in Warschau“ nannte, und es schien, dass die Zusammenarbeit sich verbessern würde. Zumal kurz darauf Barack Obama die amerikanische Präsidentschaftswahl gewann, der einen „Reset“ mit Moskau anstrebte. Tusks eigener Spielraum war daher somit per se nicht sehr groß. Er begann selbst, der PiS Vorurteile und eine irrationale antirussische Haltung vorzuwerfen und zu behaupten, sie wolle einen Krieg mit Russland provozieren. Dieser innerpolnische Konflikt, mit Russland im Hintergrund, weitete sich im April 2010 aus.

Zwei Jahre nachdem der damalige polnische Präsident (und Bruder von Jarosław) Lech Kaczyński zusammen mit mehreren mittel- und osteuropäischen Staats- und Regierungschefs in das von russischen Truppen angegriffene Georgien gereist war und vor dem Parlament eine Rede gehalten hatte, in der er sagte, dass Russland heute Georgien angreife, morgen die Ukraine und übermorgen Polen, starb er bei einem Flug-

zeugabsturz auf russischem Gebiet. Obwohl die meisten Hinweise auf einen Fehler der Piloten hindeuteten, die durch russische Lotsen zu einem stillgelegten Militärflughafen fehlgeleitet worden waren, kam Jarosław Kaczyński zu dem Schluss, dass sein Bruder von den Russen ermordet worden und der Absturz das Ergebnis eines Mordanschlags gewesen war. Tusk, der damals Premierminister war, beschuldigte Kaczyński und die PiS, russophobe Vorurteile zu nähren, und erklärte, er werde Russland wegen der Halluzinationen seines Rivalen nicht den Krieg erklären. Seitdem beschuldigt die PiS Tusk, mit Russland gegen den rechten Präsidenten konspiriert zu haben.

War Donald Tusk prorussisch? Das ist absurd. Als Russland 2014 die Krim besetzte, reiste er durch Europa, um eine Allianz für Energieunabhängigkeit zu schmieden. Als er Präsident des Europäischen Rates wurde, kritisierte er den Plan zum Bau von Nord Stream II und rief zur Unabhängigkeit von russischen Rohstoffen auf. Objektiv gesehen waren Tusk und Kaczyński beide unter den anti-russischsten Politikern der Union. Es stimmt, dass Tusk zu Beginn seiner Amtszeit hoffte, mit Russland auskommen zu können, aber die Aggression gegen Georgien 2008 zerstörte diese Hoffnungen. Der Rest Europas gab den polnischen Führungsspitzen in diesem Punkt erst nach der Invasion in die Ukraine recht. Aber Jarosław Kaczyński erkannte, dass er von Anfang an recht gehabt hatte. Er und sein tragisch verstorbener Bruder hatten bereits 2008 in Tiflis vor einer Aggression gegen die Ukraine gewarnt.

In Sachen Sicherheitspolitik unterschied sich das prodemokratische Lager letzten Endes nicht so sehr von der PiS. Die Tusk-Regierung baute den Hafen, den die PiS zuvor zu planen begonnen hatte. Dennoch sind gegenseitige Anschuldigungen mittlerweile Teil der Politik.

Tusk wusste, dass nur Polarisierung, nur das Ausrufen eines Kriegs zwischen Gut und Böse, Schwarz und Weiß, die Wählerinnen und Wähler mobilisieren würde.

Und er ging bis zum Äußersten. Er erkannte, dass er die Wahlen nur gewinnen würde, wenn er eine totale Spaltung provozierte. Dass er die Radikalen gegen die „Populisten“ mobilisieren würde, indem er sie überzeugete, dass Kaczyński im Dienst Russlands stehe. Und er gewann, aber um den Preis einer totalen Polarisierung, indem er auch die kriegerische Rhetorik seines Hauptgegners übernahm und die PiS beschuldigte, prorussisch zu sein, genauso unbegründet wie zuvor die gleichlautenden Anschuldigungen der PiS gegen Tusk. Doch es hat funktioniert, die Gesellschaft gespalten und Tusk den Sieg ermöglicht.

Und darin besteht der enorme Preis des Sieges des liberal-demokratischen Lagers über die populistische und identitäre Rechte. Im Grunde hat letztere gewonnen, weil sie eine Agenda und eine Sprache durchgesetzt hat, die das liberale Lager tiefgreifend kontaminiert hat. Dieses liberale Lager wiederum läuft Gefahr, in eine teuflische Spirale zu geraten, weil jeder neue Wahlkampf eine immer größere Polarisierung erfordern wird. In einem Jahr wird Polen Präsidentschaftswahlen abhalten – derzeit wird die Gestaltungsbefugnis der liberalen Koalition vom 2015 zum Präsidenten gewählten Andrzej Duda aus der PiS eingeschränkt. Der Präsident hat in der polnischen Verfassung nicht viele Werkzeuge, aber er kann der Regierung durch sein Recht, Gesetze zu blockieren, großen Schaden zufügen. Daher wird der Prozess zur „Wiederherstellung des Rechtsstaats“ nur möglich sein, wenn eine Kandidatin oder ein Kandidat von Donald Tusks Koalition, die im Herbst 2023 gegen die PiS gewonnen hat, den Präsidentensitz einnimmt. Es wird also eine sehr wichtige Wahl für die polnische Demokratie werden – für das identitäre rechte Lager wird es ein Kampf um die letzte Bastion von Macht und Einfluss auf den Staat. Umfragen und die Ergebnisse der Kommunal- und Europawahlen zeigen, dass die Polinnen und Polen in dieser Frage fast genau hälftig gespalten sind. Daher wird das liberale Lager, um zu gewinnen, noch stärker antago-

nisieren und Bürger gegen sich aufbringen. Es wird noch stärker polarisieren. Und selbst wenn es gewinnt, wird die polnische Gesellschaft noch gespaltener sein, und die Spaltungen werden noch tiefer sein. Und die Rechte wird noch entschlossener sein, zurückzukehren und wieder zu gewinnen.

In diesem Sinne kann der Populismus nicht besiegt werden. Er wird über der polnischen Politik schweben, solange beide großen Lager ihre Wählerschaft haben. Und sie polarisieren sich gerade deshalb, damit die Bürger nicht glauben, dass es irgendeine andere Politik als den tödlichen Kampf dieser beiden Lager gibt.

6. Der Tag nach der Wahl Donald Trumps 2016

AUTOREN

Stan McChrystal

ist ehemaliger Vier-Sterne-General der US-Armee und heute CEO der McChrystal Group. Während seiner Karriere in der US-Armee war er Kommandeur aller US- und NATO-Streitkräfte in Afghanistan sowie des US Joint Special Operations Command (JSOC).

Jason Mangone

ist ehemaliger Offizier des US Marine Corps und Geschäftsführer von More in Common in den USA.

Wie viele US-Amerikanerinnen und Amerikaner waren wir überrascht, als Donald Trump 2016 zum Präsidenten gewählt wurde. Wir fühlten uns desorientiert und beunruhigt, was nicht unbedingt politische Gründe hatte. Wir neigen beide zur Mitte und hatten in früheren Wahlen mal für die Republikaner und mal für die Demokraten gestimmt. Wir waren uns auch durchaus der wachsenden Wut der Menschen in den USA bewusst, auf die politische Führungskräfte versuchten zu reagieren oder sie für sich zu nutzen – und das bereits lange vor 2016. Während der Präsidentschaft Obamas hielt die Führungsriege der Demokratischen Partei aber die extreme Linke auf Distanz, auch wenn zugleich die Tea Party in Opposition zur Linken entstand. Sogar als Donald Trump 17 Kandidatinnen und Kandidaten hinter sich ließ und die republikanischen Vorwahlen gewann, schien es noch unwahrscheinlich, dass jemand, der oft als „Zirkusattraktion“ beschrieben wurde, einen solchen Aufschwung erleben könnte.

Aber es gab Anzeichen. In den Wochen vor der Wahl zeugten handgeschriebene Banner mit Trumps Konterfei vom wachsenden Enthusiasmus der Bevölkerung für diesen ungewöhnlichen Kandidaten. Dennoch glaubten wir noch am Wahlabend den Analysten, die einen Sieg Hillary Clintons prognostizierten. Weil wir in Institutionen groß geworden waren, die entlang eines bestimmten Wertesystems funktionierten – die US-Armee, das Marinekorps, die Familie, die Kirche und die Welt des Sports – nahmen wir an, dass ähnliche Normen, wie sie dort gelten, für die gesamte Bevölkerung gelten müssten.

Viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und sogar ehemalige Präsidenten hatten sich in der Vergangenheit bereits unangemessen verhalten; für besonders schwerwiegende Verfehlungen hatten sie aber in den Augen des amerikanischen Volkes immer auch an Ansehen verloren. Sobald Donald Trump also seinen schockierenden Mangel an Respekt für gemeinhin akzeptierte gesellschaftliche Normen zeigte, und dies quasi feierte, indem er behauptete, er habe Frauen angegriffen – „Wenn man ein Star ist, kann man das machen. Man kann alles machen.“ – erwarteten wir seinen politischen Absturz. Aber ein großer Teil der Wählerinnen und Wähler tolerierte dieses Verhalten und schien es in gewisser Weise sogar zu schätzen. Im Grunde genommen, so dachten seine Wählerinnen und Wähler beispielsweise beim „Access Hollywood Video“, sei dies die Art und Weise, wie sich viele Menschen in privaten Momenten äußern – und applaudierten deshalb seiner Offenheit.

Nach dem Schock

Als der Schock nach der Wahl von Trump nachließ, stellten sich viele die Frage: „Was haben wir übersehen?“ Es war wichtig, sie zu stellen und die Antwort war klar: Die Eliten unseres Landes hatten das Ausmaß an Wut und Verzweiflung schlichtweg nicht nachvollziehen können, welches ein großer Teil der amerikanischen Öffentlichkeit verspürte. Eine der größten politischen Erkenntnisse Präsident Obamas war es, dass die Menschen nicht unbedingt für einen Kandidaten stimmen, weil sie ihn mögen. Die Menschen stimmen für jemanden, weil sie denken, dass diese Person sie mag. Dies scheinen inzwischen auch Populistinnen und Populisten in Europa verstanden zu haben.

Viele Amerikanerinnen und Amerikaner möchten zwar nicht, dass jemand wie Donald Trump mit ihrer eigenen Tochter ausgeht, aber sie haben das Gefühl, dass Trump sie zumindest schätzt und sich um sie kümmert – in einer Art und Weise, mit der die hochangesehene Hillary Clinton in ihren Augen nicht mithalten konnte. Nach den Wahlergebnissen von 2016 gingen die meisten Analysen der Medien und der Öffentlichkeit davon aus, dass es sich um einen Fehler handeln oder Täuschung im Spiel sein müsse. Diese Haltung war nach einem so überraschenden Ereignis nachvollziehbar, aber kontraproduktiv. Aus Sicht der Trump-Wählerinnen und -Wähler bewies dies, dass das politische System gegen ihre Interessen manipuliert ist.

Nach der Analyse der unmittelbaren Ereignisse stellt sich die Frage: „Was tun?“ Zunächst fühlte sich die Wahl Trumps wie ein akuter Katastrophenfall an; doch wenn gleich seine Präsidentschaft in der Tat durch eine Reihe von Krisen geprägt war, ist es wichtig, die langfristige Perspektive einzunehmen.

Der Aufstieg einer Person wie Trump konnte nur im Kontext einer tiefen Krise des amerikanischen Selbstverständnisses gelingen. Sie war eine Folge verlorener Kriege, der Finanzkrise und eines allgemeinen Umbruchs durch die Globalisierung, neuer Medien, die wir noch immer nicht ganz verstehen, ständiger technologischer Neuerungen und einer unvermeidlichen Veränderung der ethnischen Zusammensetzung des Landes. Es wäre wunderbar gewesen, wenn die Vereinigten Staaten rational auf all diese Veränderungen reagiert hätten. Aber in einem Land, das auf dem Ideal der Menschenwürde gegründet ist und wo die Macht letztlich bei Millionen freier Individuen liegt, wäre es naiv anzunehmen, dass es immer einen linearen und rationalen Fortschritt als Reaktion auf Veränderungen gibt. Unvorhergesehenes wie die Wahl von Trump ist einer der Preise, die wir für unser zwar ungestümes, aber freies politisches System zahlen. Dies entschuldigt zwar weder den Machtmissbrauch, den Trump begangen hat, noch den feigen Opportunismus einiger seiner Anhängerinnen und Anhänger – ist aber dennoch wahr.

Rückblickend scheint es offensichtlich, dass der Populismus in die amerikanische Politik zurückgekehrt ist, wie es schon mehrfach in unserer Geschichte geschehen ist. Eine langfristige Perspektive einzunehmen, bedeutet daher, zu akzeptieren, dass der Populismus eine Weile bleiben wird. Der Schlüssel liegt für gemäßigttere Akteure in Politik und Zivilgesellschaft aus unserer Sicht darin, herauszufinden, wie man sich mit einer prinzipientreuen Version dieses (amerikanischen) Populismus auseinandersetzt, ohne zuzulassen, dass er sich in eine Form des Autoritarismus verwandelt. Damit meinen wir eine Version des Populismus, die eine echte Vision für das Land hat und eine Agenda, die sich nicht allein auf Verbitterung und Ressentiments stützt.

Die Rolle von politischen Führungskräften für den „Tag danach“

In diesem Teil beleuchten wir, wie diese Auseinandersetzung aussehen kann. Zunächst muss man sich seiner eigenen Werte im Klaren sein – sowohl persönlich als auch im Kontext der Organisation, die man leitet. Führungskräfte brauchen eine klare Vorstellung von den Themen, mit denen sie sich beschäftigen wollen, und von der Art

von Persönlichkeiten, mit denen sie bereit wären zusammenzuarbeiten, sowie auch von den eigenen roten Linien. Unmittelbar nach einem schockierenden Wahlergebnis wie 2016 wird dieser Raum für Zusammenarbeit wohl zunächst kleiner ausfallen, als er sein sollte.

Ein gutes Verständnis des eigenen Charakters, der eigenen Werte und der Werte der eigenen Organisation ist ein wichtiger Anfang im Kontext einer politischen Krise. Bewegungen wie jene von Donald Trump können nur wirksam bekämpft werden, wenn es Gegenbewegungen gibt, die eine ähnliche Energie und Attraktivität ausstrahlen. Dieser Wertekompass ist das stabile Fundament, auf dem man vorankommen kann, ohne die eigene Integrität zu gefährden; er ermöglicht auch die notwendige Klarheit, um in den Momenten, in denen es darauf ankommt, entschieden zu kämpfen. Und diese Chancen voranzukommen, wird es geben. Denn sobald die populistische Führungspersönlichkeit an der Macht ist, muss sie regieren, und die Geschichte ihrer Amtszeit wird weitgehend dadurch geschrieben, wie sie auf die ihr auferlegten Krisen reagiert. Krisen zwingen politische Führungskräfte, Entscheidungen zu treffen, und genau hier bieten sich oft die Chancen.

Diese Gelegenheiten bemerkt man jedoch nur, wenn man stärker auf das achtet, was die politischen Gegner und insbesondere ihre Wählerbasis tatsächlich glauben, als auf das, von dem man nur annimmt, dass sie es glauben. Das Bild, das wir vom anderen Lager haben, ist oft durch das Verhalten ihrer politischen Führungsriege verzerrt, die versucht, an der Macht zu bleiben. Besonders nach einer Wahl, die den Status quo auf den Kopf stellt, kann man leicht vergessen, dass Politikerinnen und Politiker die Sichtweisen ihrer Wählerinnen und Wähler, oft überspitzen – insbesondere wenn ihr politisches Überleben von den Launen einer einzigen charismatischen Führungsfigur abhängt. Eine More in Common-Umfrage in den USA im Juni 2019 ergab beispielsweise, dass 85 Prozent der Republikaner glauben, dass „gut kontrollierte Einwanderung für Amerika von Vorteil sein kann“, während nur 52 Prozent der Demokraten glauben, dass die Republikaner diese Ansicht teilen. Umgekehrt lehnen 71 Prozent der Demokraten die Idee ab, dass die USA völlig offene Grenzen haben sollten, während nur 38 Prozent der Republikaner glauben, dass die Demokraten dieser Ansicht sind. In beiden Fällen gibt es eine „Wahrnehmungslücke“ von 33 Prozentpunkten bei grundlegenden Fragen zur Einwanderung. Unabhängig von den Ergebnissen der Einwanderungspolitik von Trump glaubten 85 Prozent der Republikaner damals, dass gut kontrollierte Einwanderung für Amerika von Vorteil sein könnte. Indem man Trump-Anhängerinnen und -Anhänger also entgegen ihrer eigenen Selbstwahrnehmung als harte Rassisten bezeichnet, verhärtet man die Fronten nur weiter.

Sich darauf zu konzentrieren, was der politische Gegner wirklich denkt, garantiert aber nicht, dass Fortschritte erzielt werden können. Tatsächlich beendigte der ehemalige Präsident Trump just im Februar dieses Jahres abrupt einen parteiübergreifenden Gesetzesvorschlag zur Einwanderung mit einem einzigen Tweet. Manchmal übertrumpft der Machthunger den prinzipienbasierten Fortschritt.

Wenngleich es nicht immer einfach war, waren Fortschritte in den letzten sechs Jahren doch möglich. Selbst während der Präsidentschaft von Trump konnte das Land Fortschritte im Hinblick auf den Kampf gegen Rassendiskriminierung und Waffengewalt oder bei der Entwicklung von COVID-Impfstoffen erzielen. Während die politischen Manöver rund um die Wahl 2024 das jüngste Einwanderungsabkommen scheitern ließen, konnte der Kongress dennoch ein wichtiges Hilfsprogramm für die Ukraine, Israel und Taiwan verabschieden.

Wir hätten diese Momente des Fortschritts stärker feiern sollen. Es waren Gelegenheiten, um unser Zusammengehörigkeitsgefühl in diesen schwierigen Zeiten zu stärken.

Ein fester Wertekompass hilft dabei, auf dieser Suche nach Gelegenheitsfenstern aufzustehen und zu kämpfen, wenn es nötig ist. Die Reaktionen auf die Politik der Trump-Administration zur Inhaftierung von Kindern an den Außengrenzen und das Beharren auf einem friedlichen Machtwechsel nach dem Angriff auf das Kapitol am 6. Januar 2021 waren Momente des noblen – und erfolgreichen – Widerstands. Natürlich muss man weiterkämpfen, um wieder politische Macht zu erlangen. Indem man aber gleichzeitig die Bereitschaft zeigt, mit der anderen Seite zusammenzuarbeiten, widerlegt man den Eindruck, sie zu hassen und schwächt so die Grundlage der politischen Macht der Populisten.

Erfolgreiche Gegenbewegungen beschränken sich nicht darauf, die andere Seite zu demolieren; sie bauen etwas auf, das sie übertrifft.

Die Quelle von Trumps politischer Macht ist seine Fähigkeit, die tief verwurzelte Überzeugung zu stärken, dass das politische System das MAGA-Lager (Make America Great Again) hasst und dass unsere Eliten es verachten. Es ist dieser Glaube, der dem Populismus seine Energie verleiht, und er erklärt, warum er eine Weile in unserem politischen Leben bleiben wird. Indem man das Lager der Populisten nicht vollständig ablehnt, sondern offen für den Dialog bleibt, beginnt man zu verstehen, wie sich die populistische Koalition entwickelt und wer sich als die nächste Führungsfigur entpuppen könnte. So wird man auch besser verstehen, welche Werte und Überzeugungen populistische Kräfte vertreten. Dieses Verständnis wird einen zudem daran hindern, die populistische Flamme neu zu entfachen, wenn sie von selbst zu flackern und zu erlöschen beginnt. (In den USA hat beispielsweise die extreme Linke nach dem Mord an George Floyd im Mai 2020 den Vorschlag, „die Polizei abzuschaffen“, eingebracht – was zu einem Hindernis für Fortschritt wurde, weil sich politische Gegner darauf stürzten und er keinen substantziellen Beitrag zu einer Polizeireform leistete.)

Trump war vielleicht der Rammbock, um die gepanzerte Tür unseres alten Status quo zu durchbrechen. Fanatiker wie er brennen zudem eine Weile lang wie Feuer, aber sie verbrauchen auch den ganzen Sauerstoff um sich herum. Damit populistische Tendenzen erneut in der amerikanischen Politik Fuß fassen konnten, brauchte es von Anfang an eine ikonenhafte Führungspersönlichkeit. Es ist wichtig zu verstehen, dass Trump sich durchsetzt, weil er authentisch ist – auch wenn er oft grob und amoralisch ist, ist er er selbst. Wie bei jedem Fanatiker, der es an die Spitze schafft, werden Imitatoren auftauchen. Aber die Menschen werden sie als billige Kopien des Originals durchschauen – die gescheiterte Präsidentschaftskampagne von Ron DeSantis ist ein gutes Beispiel.

Auch wenn einige wetteifern, Trump zu übertrumpfen, beginnt sich ein prinzipientreuer (amerikanischer) Populismus zu entwickeln, der über den Personenkult des ehemaligen Präsidenten hinausgeht. Es handelt sich um eine Strömung, die weniger auf Verbitterung als auf der tiefen Überzeugung beruht, dass die Globalisierung und deregulierte Märkte viele Amerikanerinnen und Amerikaner zurückgelassen haben. Wenn man davon überzeugt ist, dass der Populismus eine Generation lang bestehen wird, dann wird er auch eine einzelne Führungsfigur überdauern. Es geht darum einen Weg zu finden, sich in angemessenem Abstand mit den Populisten bzw. ihrer Wählerschaft auseinanderzusetzen, deren Einstellungen nicht ausschließlich auf Verbitterung und Ressentiments basieren.

Wir müssen herausfinden, wie wir mit ihnen uneinig sein können, ohne sie zu hassen – sie zu hassen verleiht ihnen nur noch mehr Macht.

Seit der Wahl von Trump ist vieles schiefgelaufen. Während führende Politiker, die einst auf seiner Seite standen (wie der ehemalige Vizepräsident Mike Pence), sich

schließlich für einen friedlichen Machtwechsel einsetzen, hat der Sturm aufs Kapitol am 6. Januar 2021 der amerikanischen Glaubwürdigkeit massiv geschadet. Trotz dieser und anderer realer Notsituationen nehmen wir eine einigermaßen optimistische Haltung ein. Denn ein Populist wird immer der beste Zyniker sein. Langfristig werden wir die Anziehungskraft des Populismus nur überwinden, wenn wir wieder Beziehungen aufbauen, anstatt sie einzureißen. Solange die Populisten und ihre Basis da sind, müssen wir uns mit ihnen auseinanderzusetzen und uns bemühen, sie besser zu verstehen, anstatt sich auf das zu konzentrieren, was wir an ihnen hassen.

Wir sind optimistisch, was die Fähigkeit Amerikas betrifft, seine Republik zu bewahren, und halten die Behauptung, das Land sei auf dem Weg zum Autoritarismus, für übertrieben. Weil wir an unsere Republik glauben, sind wir auch optimistisch, dass wir eine Wählerschaft mobilisieren können, die bereit ist, wieder für bessere politische Führungspersönlichkeiten zu stimmen, eine Wählerschaft, die nicht nur starke Werte fordert, sondern auch das Vertrauen und die notwendige Disziplin hat, diese zu respektieren. Während unsere Verbündeten oft über den jugendlichen Optimismus der Amerikanerinnen und Amerikaner spotten, waren unsere Gründerväter tatsächlich recht pragmatisch: Sie haben ein System geschaffen, das verstand, dass wir nach unseren Idealen streben sollten, sie aber nicht immer erreichen werden, wie es nun einmal in der Natur des Menschen ist. Aber das System funktioniert nur, wenn die Institutionen, die als seine Wächter dienen, sich ihrem Verfall entgegenstellen können. Auch wenn dies einige Zeit in Anspruch nehmen könnte, ist die wichtigste Aufgabe der amerikanischen Zivilgesellschaft, die Institutionen wiederaufzubauen, die uns schützen und einen greifbaren Einfluss auf das Leben der Menschen haben. Eine langfristige Perspektive einzunehmen, bedeutet zum Teil, sich verantwortungsvoll und mit Integrität in der Politik zu engagieren, aber auch manchmal die Politik auf Distanz zu halten.

7. Die brasilianische Erfahrung

AUTOR

Pablo Ortellado

ist seit Juli 2024 Gründungsgeschäftsführer von More in Common Brasilien, ehemaliger Professor für Politikwissenschaft an der Universität São Paulo und Kolumnist bei der Zeitung O Globo.

Nach Ansicht mancher politischer Kreise ist es den demokratischen Institutionen Brasiliens gelungen, die antidemokratische Bedrohung durch die Regierung Bolsonaro sehr wirksam einzudämmen. Die gefährlichsten politischen Maßnahmen der Bolsonaro-Regierung wurden durch den Kongress oder den Obersten Gerichtshof blockiert. Nach dem Staatsstreich vom 8. Januar 2023 und dem Angriff auf den Kongress in Brasília wurde Bolsonaro vom Wahlgericht für acht Jahre von der Kandidatur für öffentliche Ämter ausgeschlossen. Seine radikalsten Anhänger wurden vor Gericht gestellt und zu langen Haftstrafen verurteilt. Nach dieser Lesart wäre Brasilien ein Musterbeispiel für demokratischen Widerstand gegen eine Regierung, die die Menschenrechte gefährdet und autokratische Ambitionen zeigt. Aber sind wir wirklich so erfolgreich?

Der Tag danach in Brasilien

Die Wahl von Donald Trump im Jahr 2016 hat gezeigt, dass ein Kandidat mit fragwürdigen Positionen, der sich ohne offensichtliche Verbindungen zum politischen Establishment allein auf eine starke Bewegung an der Basis und eine clevere digitale Kampagne stützt, Präsident werden kann. Trotz dieses amerikanischen Präzedenzfalls hatten nur wenige Analysten erwartet, dass Jair Bolsonaro in Brasilien zum Präsidenten gewählt werden könnte – bis er 2018 an die Macht kam.

In der brasilianischen Politik gab es bis dato eine Art Konsens – um gewählt zu werden, brauchten Kandidierende drei Dinge: Gelder für den Wahlkampf, Sendezeit im Fernsehen und Radio sowie Verbündete in den brasilianischen Bundesstaaten aufgrund unseres besonderen föderalen Systems. In Brasilien gibt es staatliche Mittel für den Wahlkampf, deren Höhe sich nach der Anzahl der Vertreterinnen und Vertreter im Kongress richtet. Auch die Sendezeit in den Medien wird proportional zur Anzahl der Kongressabgeordneten vergeben. Bolsonaro, der sich Anfang 2018 mit seinen Anhängerinnen und Anhängern der sehr kleinen Partido Social Liberal angeschlossen hatte, verfügte weder über hohe staatliche Wahlkampfmittel noch über Sendezeit in Fernsehen und Radio oder lokale politische Unterstützung. Trotzdem wurde er gewählt und stellte so die bis dahin geltenden Regeln im Politikbetrieb auf den Kopf.

Am 29. Oktober 2018, dem Tag nach der Präsidentschaftswahl, erwachten wir mit einem „moralischen Kater“, der lange anhält.

Wir verstanden nicht, warum unsere Landsleute für einen Kandidaten gestimmt hatten, der das Erbe der Militärdiktatur verteidigte, die Menschenrechte verachtete und für uns der abscheulichste Brasilianer überhaupt zu sein schien. Wir wussten zu dem Zeitpunkt auch nicht, was nötig sein würde, um das zerstörerische Potenzial von vier Jahren rechtsextremer Regierung zu begrenzen.

Die Eindämmung Bolsonaros

Als die Regierung Bolsonaro dann nach ihrem Amtsantritt zeigte, wozu sie angetreten war, begannen sich die Institutionen zu positionieren. Die traditionellen Medien nahmen zunächst eine kritische und später eine offen ablehnende Haltung gegenüber der Regierung ein. Die Abgeordnetenkammer positionierte sich in den ersten zwei Regierungsjahren quasi unabhängig: Sie richtete sich nicht offen gegen die neue Regierung aus, sondern beschränkte sich auf die Auseinandersetzung zu wirtschaftspolitischen Themen. Doch sie weigerte sich, Gesetzesentwürfe auf die Tagesordnung zu setzen, die Fragen der Drogenregulierung, Rechte von Frauen und LGBTQ+ oder den Waffenbesitz betrafen.

Als dann in den letzten beiden Regierungsjahren ein von Bolsonaro favorisierter neuer Vorsitzender der Abgeordnetenkammer diese Politik der Unabhängigkeit aufgab, wurde es Sache des Obersten Gerichtshofs, die Regierung zu kontrollieren und als verfassungswidrig eingestufte politische Entscheidungen rückgängig zu machen. Als Bolsonaro eine nachgiebige Politik in Bezug auf die Abholzung des brasilianischen Regenwaldes verfolgte, erklärte der Oberste Gerichtshof diese als verfassungswidrig. Während der COVID-Pandemie positionierte sich Bolsonaro gegen das Impfen, daraufhin gewährte der Oberste Gerichtshof den Regierungen der Bundesstaaten die Autonomie, eigene gesundheitspolitische Maßnahmen umzusetzen und begrenzte so die Auswirkungen der Entscheidungen der Regierung Bolsonaro. Zum Ende seiner Amtszeit, als Bolsonaro versuchte, seine radikalsten Anhänger zu einem Putsch zu mobilisieren, verabschiedete der Kongress ein neues Gesetz zum Schutz des demokratischen Rechtsstaats. Der Oberste Gerichtshof erweiterte seine eigenen Befugnisse und nahm zur Verteidigung der Demokratie Ermittlungen rund um die Mobilisierung von Bolsonaro-Anhängerinnen und -Anhängern in den Straßen und sozialen Netzwerken auf.

Die Verurteilung Bolsonaros

Bei den Wahlen 2022 unterlag Bolsonaro nach einem angespannten Wahlkampf hauchdünn gegen Lula da Silva. Während des Wahlkampfs ging das Wahlgericht rigoros vor, löschte Posts und sperrte Social-Media-Profile von Bolsonaro-Anhängerinnen und Anhängern, die versuchten, das Wahlsystem zu diskreditieren, indem sie ohne jede Grundlage den Verdacht des Wahlbetrugs verbreiteten. Bolsonaro berief sogar

aus dem Ausland nach Brasilien entsandte Botschafter ein, um ihnen die Theorie des Wahlbetrugs darzulegen – ein Treffen, das im Zentrum der Verurteilung Bolsonaros durch das Wahlgericht im Juni 2023 stand: Er wurde für acht Jahre von der Kandidatur für öffentliche Ämter ausgeschlossen, was auch die nächsten beiden Präsidentschaftswahlen umfasst. Kurz nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse 2022 ging eine radikale Protestbewegung auf die Straße. Bolsonaros Anhängerinnen und Anhänger campierten vor Kasernen im ganzen Land und forderten die Armee auf, die Macht zu übernehmen. Lastwagenfahrer blockierten die Straßen und versuchten, den Warenverkehr zu stoppen. Radikalere Gruppen blockierten die Ausgänge von Öltraffinerien und zerstörten Strommasten. Im Januar 2023, kurz nach Lulas Amtseinführung, stürmten Bolsonaros Anhängerinnen und Anhänger die Sitze der drei Regierungsgewalten in Brasília und versuchten vergeblich, Präsident Lula dazu zu bringen, das Militär zur Eindämmung der Unruhen anzufordern. Sie hofften, dass die zur Befriedung des Landes hinzugezogene Armee dann die neue Regierung verraten und einen Putsch unterstützen würde, der Bolsonaro wieder an die Macht bringt.

Dieser Plan ging nicht auf: Lula berief die Armee nicht ein, und die wichtigsten Führungspersonlichkeiten im Militär blieben der gewählten Regierung treu. Mehr als 1.400 Aufrührende wurden verhaftet. Die Bundespolizei identifizierte die Finanziere und Organisatoren des Putsches und brachte sie vor Gericht. Hunderte „Bolsonaristas“ wurden wegen Verbrechen gegen die Demokratie angeklagt und verurteilt. Bolsonaro selbst kann bei den nächsten Wahlen nicht mehr kandidieren.

Der Oberste Gerichtshof, das Wahlgericht, der Kongress, die Staatsbürokratie und die Presse haben alle ihren Teil beigetragen. Die Demokratie hat gewonnen. Aber hat sie das wirklich?

Verlust der Legitimität

Die Amtszeit der Regierung Bolsonaro hat zur Neudefinition der brasilianischen Institutionen geführt. Die brasilianische Presse, traditionell wirtschaftsfreundlich und linker Politik gegenüber eher ablehnend eingestellt, hat sich vollständig neu ausgerichtet. Alle drei wichtigsten brasilianischen Tageszeitungen nahmen Anti-Bolsonaro-Positionen ein – ein Schritt, der gemeinhin als Verteidigung der Demokratie wahrgenommen wurde. Die klare Haltung gegen Bolsonaro führte zwar nicht zu Pro-Linken-Positionen der Medien, sie hat aber ein Ungleichgewicht geschaffen. Während die Linke in den Zeitungen und im Fernsehen weiterhin gut vertreten ist, ist der „Bolsonarismus“, ein gesellschaftspolitisches Phänomen, das die Hälfte der brasilianischen Bevölkerung umfasst, in den traditionellen Medien praktisch nicht mehr präsent. Die traditionelle Presse, die sich Ausgewogenheit und Unparteilichkeit auf die Fahnen schreibt, räumt der zweitstärksten politischen Kraft des Landes sehr wenig Platz ein, weil sie sie nicht als demokratisch betrachtet.

Bolsonaros Anhängerinnen und Anhänger haben sich über die Zeit eine zunehmend pressefeindliche Sprache angewöhnt. Reflexartig begann die Linke, die immer eine eher angespannte Beziehung zur traditionellen Presse des Landes hatte, die Medien zu unterstützen. Jüngste Umfragen zeigen, dass Lula-Wählerinnen und -Wähler sich über die traditionelle Presse informieren, während Bolsonaro-Wählerinnen und -Wähler ihre Informationen aus Alternativmedien, sozialen Netzwerken und Messaging-Apps beziehen.

Gleiches gilt für die Justiz. Die Maßnahmen des Wahlgerichts und des Obersten Gerichtshofs gegen antidemokratische Bewegungen stützten sich auf heterodoxe institutionelle Lösungen, die ihre Befugnisse erweiterten. Um die schädliche Kampagne zur Diskreditierung der elektronischen Abstimmung bei den Wahlen seitens Bolsonaros Anhängerinnen und Anhänger einzudämmen, hat sich das Wahlgericht die Befugnis

erteilt, Beiträge in den sozialen Medien, Profile von Influencerinnen und Influencern und ganze WhatsApp- und Telegram-Gruppen kurzerhand zu sperren. Diese Maßnahmen waren umfassend, geheim und gingen über den Zeitraum der Wahlen hinaus. Bis heute weiß niemand, wie viele Posts, Profile und Gruppen in Messenger Apps gesperrt wurden.

Bolsonaro hat in seiner Amtszeit einen Generalstaatsanwalt ernannt, der nicht gegen antidemokratische Bewegungen vorging. Um dieser Untätigkeit etwas entgegenzusetzen, erteilte sich der Oberste Gerichtshof die Befugnis, selbst zu ermitteln und sie zu verurteilen – ein institutionelles Manöver, das von vielen Juristinnen und Juristen als illegal bewertet wird. In Urteilen und Interviews griffen einige Richterinnen und Richter auf die Theorie der wehrhaften Demokratie zurück, die vom deutschen Juristen Karl Löwenstein entwickelt wurde. Dieser argumentierte, dass die liberalen deutschen Institutionen in den 1930er-Jahren gegenüber dem Aufstieg des Nationalsozialismus zu nachgiebig gewesen seien. Der Oberste Gerichtshof Brasiliens leitete also Ermittlungen gegen Bolsonaro-Aktivistinnen und -Aktivisten ein, klagte sie wegen Verbrechen gegen die Demokratie an und verurteilte sie schließlich. Umfragen verschiedener Institute zeigen, dass die brasilianische Bevölkerung die Justiz, ähnlich wie die Presse, je nach politischer Haltung unterschiedlich bewertet. Während 83 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der Arbeiterpartei von Präsident Lula dem Obersten Gerichtshof vertrauen, sind es bei den Anhängerinnen und Anhängern von Bolsonaros Partei nur 14 Prozent.

Kurskorrektur

Bisher war die Reaktion der brasilianischen Institutionen auf die antidemokratischen Bewegungen erfolgreich. Aber wie lange noch? Kann die Presse ihre Rolle als kritisches Informations- und Vermittlungsmedium der politischen Debatte erfüllen, wenn sie eine der beiden Hauptströmungen der Politik nicht angemessen darstellt? Und wie tragfähig ist ein Justizsystem, das die Demokratie effektiv verteidigen soll, während die Hälfte des Landes glaubt, dass es Bolsonaro verfolgt? Das kann auf Dauer nicht gut gehen. Der Tag wird kommen, an dem der Legitimitätsverlust der Institutionen unter den Anhängerinnen und Anhängern Bolsonaros seinen Tribut fordert. Und dieser Tag ist wohl näher, als man denkt.

Bolsonaro und ähnliche Persönlichkeiten und Bewegungen weltweit sind sehr schwer zu händelnde politische Kräfte, mit denen man im demokratischen Kontext umgehen muss. Anfangs treten sie als populistische Kräfte auf, die das Spiel der liberalen Demokratie spielen, indem sie verfassungsmäßige Bestimmungen zum Schutz von Minderheiten und die Gewaltenteilung in Frage stellen. Sie sprechen von einer Vertiefung der Demokratie, einer Demokratie der Mehrheiten und der Wiederherstellung der Volkssouveränität. Allerdings streben diese politischen Kräfte – oder Teile davon – auch danach, die Grenzen der liberalen Demokratie zu überschreiten. Der brasilianische Weg, Bolsonaro einzuhegen, mag vielleicht effektiver gewesen sein als der der US-Amerikaner und Amerikanerinnen, den Trumpismus einzudämmen. Unsere Zukunft ist jedoch nicht vielversprechend. Unsere Institutionen müssen einen Weg finden, mit antidemokratischen Äußerungen auf nüchterne, technische und ausgewogene Weise umzugehen, ohne als aktivistische Institutionen wahrgenommen zu werden, die einen politischen Gegner bekämpfen. Mit anderen Worten:

Die brasilianischen Institutionen müssen die antidemokratischen Auswüchse des Bolsonarismus bekämpfen, ohne den Bolsonarismus selbst zu bekämpfen, der aufgrund seiner sozialen Basis im Prinzip demokratisch legitimiert ist.

Ich bin mir bewusst, dass es einfacher gesagt als getan ist, diesen Mittelweg zu finden. Aber das ist unsere Aufgabe und die Lehre, die wir aus der brasilianischen Erfahrung ziehen können.

8. Epilog: Was lernen wir für die deutsche Debatte?

AUTORINNEN

Laura-Kristine Krause
ist Gründungsgeschäftsführerin von More in Common Deutschland.

Anna Lob
ist Associate für Politik und Kommunikation bei More in Common Deutschland.

AUTOR

Jérémie Gagné
ist Lead Forschung bei More in Common Deutschland.

Die Autorinnen und Autoren dieser Publikation haben gesellschaftliche Entwicklungen in Ungarn, Polen, Italien, Brasilien und den USA analysiert und ihre Erfahrungen mit uns geteilt. Als More in Common Deutschland sind wir sehr dankbar, dass wir diese Beiträge, die im Vorfeld der im Juni 2024 überraschend angesetzten französischen Parlamentswahlen verfasst wurden, nun auch in Deutschland veröffentlichen können.

Die Beiträge zu dieser Publikation beschreiben einerseits besorgniserregende Dynamiken rund um populistische Bewegungen in liberalen Demokratien und andererseits Wege, wie Gesellschaften nach Phasen der Spaltung wieder zueinander finden können. Aus unserer Sicht bieten sie so relevante Lehren für Deutschland.

Wir haben diese Publikation nämlich in der Hoffnung zusammengestellt, dass sie hilft, unseren Blick hierzulande zu weiten und einzuschätzen, inwiefern Wahlsiege populistischer Kräfte Gefahren für die Demokratie bergen. Die Einblicke sollen einen Reflexionsraum öffnen, um sich mit gemeinsamen Entwicklungen in Deutschland und den diskutierten Ländern, aber auch mit Unterschieden angesichts jeweils anderer historischer, politischer und kultureller Prägungen zu beschäftigen.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Erfahrungen mit illiberalen Kräften

In allen hier analysierten Ländern begannen rechtspopulistische Kräfte nach ihren Wahlsiegen früher oder später, die liberale Demokratie und die mit ihr verbundenen Freiheiten zu schwächen, indem sie Grundrechte und die Gewaltenteilung aushöhlten.

In Ungarn hat Viktor Orbán das politische System grundlegend umgebaut, in Polen hat die PiS-Regierung die Unabhängigkeit der Gerichte angegriffen, und auch in den USA, Brasilien und Italien gab und gibt es ähnliche Tendenzen. Es entwickelte sich im Nachgang demokratisch erzielter Wahlsiege ein Illiberalismus, der nur wenig Respekt vor Rechtsstaatlichkeit zeigt. Damit einher gehen in den meisten Fällen eine Schwächung von gesellschaftlichem Pluralismus und der Versuch, kritische Stimmen in der öffentlichen Debatte an den Rand zu drängen. Dies zeigt sich zum Beispiel in Bestrebungen, unabhängige Medien einzuschränken oder gar abzuschaffen, wie es Zsuzsanna Szelényi aus Ungarn oder auch Federico Fubini aus Italien berichten.

Bei allen internationalen Parallelen hat Deutschland natürlich seinen ganz eigenen Kontext: Die Schrecken des Nationalsozialismus und die Diktaturerfahrung in der ehemaligen DDR haben sich tief in unsere „kollektive Psyche“ eingeschrieben. Lehren aus totalitären Erfahrungen haben 1949 Eingang in das Grundgesetz gefunden, das an vielen Stellen mit Schutzmechanismen ausgestattet ist, die Deutschland (zumindest auf Bundesebene) vor den in den Beiträgen beschriebenen Entwicklungen bewahren sollen. Zudem gehört der Anspruch, wachsam vor einer etwaigen Wiederholung von Geschichte zu sein, zu den wiederkehrenden Motiven der deutschen öffentlichen Debatte. Und doch sind auch unsere Institutionen und (vermeintlichen) Gewissheiten nicht

unverletzlich: So zeigen etwa Juristinnen und Juristen im sogenannten Thüringen-Projekt des Verfassungsblogs auf, welche zusätzlichen Schutzmechanismen in Thüringen nötig wären, um im Falle eines Wahlsiegs autoritär-populistischer Kräfte mögliche Angriffe auf den Rechtsstaat abzuwehren.

Illiberale Kräfte an der Macht: eine Reise ohne Wiederkehr?

Die Autorinnen und Autoren dieser Publikation sprechen eine Warnung aus. Sie zeigen: Sind die ersten Schritte in Richtung Illiberalisierung der Demokratie einmal gegangen, sind sie nur schwer rückgängig zu machen. Insbesondere die Autoren aus Brasilien, den USA und Polen beschreiben in ihren Beiträgen, dass gesellschaftliche Narben auch dann zurückbleiben, wenn rechtspopulistische Parteien oder Führungsfiguren wieder abgewählt wurden. Entstandene Spaltungslinien bleiben bestehen oder verschärfen sich teilweise noch. Mit zum Teil paradoxen Dynamiken: In Brasilien zum Beispiel führte der Widerstand der demokratischen Institutionen gegen die autoritär-populistischen Bestrebungen der Regierung Bolsonaro in weiten Teilen der Bevölkerung zu einem verstärkten Vertrauensverlust in ebenjene Institutionen. In Polen war zu beobachten, dass auch liberale Akteure wie zum Beispiel Donald Tusk ihren Ton deutlich verschärfen, um sich gegen die PiS durchzusetzen. Eine offene Frage bleibt also, wie man sich Populismus entgegenstellen kann, ohne sich auf dessen Logik einzulassen und seine Argumentationsformen zu übernehmen.

Angesichts der Landtagswahlen im Herbst 2024 in Teilen Ostdeutschlands und der Bundestagswahl 2025 zeigen sich viele Menschen in Deutschland besorgt im Hinblick auf einen möglichen Wahlsieg verfassungsfeindlicher Kräfte. Zwar scheint Deutschland im Bund derzeit noch nicht vor einer illiberalen Übernahme zu stehen, da eine bürgerschaftlich gefestigte Mitte der Gesellschaft mehrheitlich zu demokratischen Kräften steht. Dennoch sehen wir schnell wachsende Erfolge illiberaler Parteien, und teils, wie oben angedeutet, auch deren Aussicht auf die Macht in einigen Bundesländern. Zudem müssen wir, so zeigen es unsere eigenen Forschungen zur gesellschaftlichen Dynamik in Deutschland, ein chronisches Vertrauensproblem zwischen Bürgerschaft und Politik attestieren:

Unsere derzeitige demokratische Realität begeistert nur wenige. Das ist keine gute Voraussetzung für die künftige Entwicklung.

Umso wichtiger also, dass sich demokratische Akteurinnen und Akteure auf alle möglichen Eventualitäten vorbereiten.

Der Abbau der Demokratie macht nicht immer Lärm

Besonders der Beitrag aus Italien zeigt uns, dass der Abbau des Rechtsstaates und des Pluralismus nicht immer mit einem Knall am „Tag danach“ einhergehen, sondern teilweise auch langsam und leise vonstattengehen. Dies sollte uns aufhorchen lassen.

Hierzulande beobachteten wir in unserer Forschung zuletzt ein bemerkenswertes Phänomen: Wenn es um mögliche Wahlsiege (rechts-)extremer politischer Kräfte geht, scheint es bei einigen Deutschen ein paradox anmutendes Vertrauen in die Resilienz demokratischer Institutionen zu geben. Menschen, die mit dem Gedanken spielen, derlei Parteien zu wählen, scheinen häufig davon überzeugt zu sein, dass die anderen, etablierten Kräfte in der Lage sein werden, diese in Koalitionen einzuhegen. Die Wählerinnen und Wähler scheinen zudem darauf zu vertrauen, Parteien in jedem Fall wieder abwählen zu können, wenn sie nicht die gewünschten politischen Ergebnisse liefern. Dabei handelt es sich interessanterweise häufig genau um solche Bevölkerungsgruppen, die eigentlich der Qualität des politischen Systems insgesamt stark misstrauen. Sind wir, wo es sonst Politikschelte hagelt, an dieser Stelle zu arglos?

In der Frage, ob unsere Demokratie bedroht ist oder nicht, geht es immer auch um Definitionshoheit. Offiziell oder zumindest laut Wahlprogramm möchte keine der derzeit im Bundestag vertretenen Parteien die Demokratie einengen oder gar abschaffen. Im Gegenteil, viele beanspruchen für sich, sie schützen zu wollen. So plakatieren zuweilen auch Parteien, die in Teilen als klar verfassungsfeindlich eingestuft werden, im Wahlkampf: „Demokratie bewahren!“

Im Raum steht also die Frage, was wir eigentlich unter „Demokratie“ verstehen und ob dieser Begriff nicht längst (oder historisch betrachtet: einmal mehr) zum umkämpften Begriff geworden ist.

Dies würde nicht verwundern: Unsere Forschungsgespräche zeigen zwar, dass sich die meisten Menschen in Deutschland wünschen, in einer Demokratie zu leben, sie aber unterschiedliche Vorstellungen und Bauchgefühle davon haben, was das bedeutet. Repräsentative und pluralistische Grundsätze, wie sie im Grundgesetz festgehalten sind, konkurrieren in der Bevölkerung mit eher nicht-pluralistischen Vorstellungen vom gegebenen Volkswillen, den es durchzusetzen gelte. Ein Motiv, mit dem Populisten nur allzu gern operieren. So stehen sich dann in unserer Gesellschaft abweichende intuitive Demokratieverständnisse (und entsprechend andere Bewertungen unserer derzeitigen politischen Realität) gegenüber, die die Debatte darüber, wer denn nun wirklich die Demokratie bedroht und was es da eigentlich zu verteidigen gilt, erschweren.

In der Sache ist dieser Befund nicht neu, er zeigt aber einmal mehr, dass liberale Demokratie ein Begriff ist, der mit Leben gefüllt werden will, wenn er sich gegen seine autoritären oder antipluralistischen Rivalen behaupten soll. Frontale Warnungen und Appelle an die Bürgerschaft sind dabei wichtig, aber nicht alles. Es geht genauso darum, immer wieder neu unter Beweis zu stellen, was wir an liberaler Demokratie haben – und im empathischen Gespräch zu verdeutlichen, was wir verlieren, wenn wir sie verspielen: unsere Sicherheiten, unsere Selbstverständlichkeiten – ganz konkret und auf unsere gesellschaftliche Lebenswirklichkeit heruntergebrochen.

Und es geht darum greifbar zu machen, dass die liberale Demokratie schon im normativen Grundsatz besser ist, es dann aber auch noch in der Praxis besser kann als ihre Rivalen. Eine zentrale Aufgabe politisch-gesellschaftlicher Akteure muss sein, in ihrem Tagesgeschäft immer wieder den Austausch und die Rückkopplung mit der Bürgerschaft zu suchen, unterschiedliche Perspektiven einzubeziehen, ihren Anspruch funktionierender und gerechter Willensbildung zu demonstrieren, Orientierung zu bieten und vor allem starke Bilder davon zu entwickeln, wie die Zukunft unserer Gesellschaft in Deutschland aussehen soll. Dazu gehört auch eine gesunde Streitbarkeit, die aber am Ende immer konstruktiv bleibt und sich nicht im Selbstzweck tagespolitischer Aggression verliert. Das alles erfordert Mut.

Der Kampf gegen Illiberalismus braucht Bereitschaft zur Selbstreflexion

Eine zentrale Lehre aus den Länderanalysen ist schließlich, dass im Kampf gegen den Illiberalismus nicht nur die klare Benennung der Gefahr wichtig ist, sondern auch die Fähigkeit zur konstruktiven Selbstreflexion und Selbstkritik demokratischer Kräfte. Schon unsere Grundlagenstudie „Die andere deutsche Teilung“ von 2019 hat gezeigt, dass es in Deutschland neben gut eingebundenen Menschen auch Teile unserer Gesellschaft gibt, die keinen ausreichend erfüllenden Bezug zu unserem demokratischen Gemeinwesen finden. Wir nennen sie „das unsichtbare Drittel“. In unserer Arbeit und Forschung erleben wir immer wieder, dass es Politik und Zivilgesellschaft schwerfällt, diese Menschen zu erreichen, sie abzubilden und ihre gesellschaftlichen Bedarfe in starke Zukunftsentwürfe zu überführen.

Im Ergebnis entsteht bei vielen Menschen das Gefühl, mit den eigenen Sorgen und Problemen allein zu sein und sich nicht auf die Gesellschaft und Politik verlassen zu können. Das ist eine große Herausforderung für eine liberale Demokratie, die zu großen Teilen von Vertrauen lebt – und von ihrer Fähigkeit, Zuversicht und Identifikationsflächen zu generieren. Menschen müssen sich und ihre Bedarfe in unserer Demokratie und ihren Angeboten erkennen können.

Letzten Endes geht es also um einen Zweiklang aus Wachsamkeit und Beziehungsarbeit. Demokratie hängt einerseits und in unverzichtbarer Weise davon ab, dass Menschen ihre Regeln kennen und leben – und andererseits davon, dass sie Menschen auf Dauer ansprechen, überzeugen und motivieren kann.

Wir brauchen mehr robuste Vertrauensverhältnisse zwischen Bürgerschaft und Politik, mehr konstruktive Berührung und auch mehr inhaltliche Orientierungsangebote – die sich je nach politischer Couleur unterscheiden dürfen und sollen.

In unserer Demokratie sollte es glaubhaft um die (wo nötig mutige) Suche nach der gemeinsamen Zukunft unseres Landes gehen. Dabei dürfen Rechtsstaatlichkeit, der Schutz von Minderheiten und Pluralismus – auch vor dem Hintergrund unserer Geschichte – niemals verhandelbar sein.



**More in
Common**